

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Eidgenössisches Departement
des Innern
Herr Bundespräsident
Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

27. September 2023

Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für die Gelegenheit, zur Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV) Stellung nehmen zu können und äussert sich wie folgt:

Der Regierungsrat stimmt dem Verordnungsentwurf grundsätzlich zu. Auch aus seiner Sicht ist dem Schutz von Minderjährigen vor ungeeigneten Inhalten in Filmen und Videospielen ein hohes Gewicht beizumessen. Die Konkretisierung der Zugangsbeschränkungen mit den vorliegenden Verordnungsbestimmungen zu dem vom Parlament verabschiedeten Gesetz begrüsst er. Aus Sicht des Regierungsrats ist es zentral, dass auf die primäre Verantwortung der Eltern abgestellt wird. Die Sicherstellung der praktischen und technischen Umsetzung erfordert, dass auf Branchenlösungen abgestellt werden kann. Diese sollen verbindlich erklärt werden können.

Betreffend Gewährleistung der Anonymität der minderjährigen Person im Testverfahren (Art. 14 JSFVV) ist davon auszugehen, dass diese Tests offenbar primär offline durchgeführt werden. Nach unserem Kenntnisstand in anderen Themenbereichen zu Testkäufen (Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten [Tabakproduktegesetz, TabPG]) ist es heute technisch noch nicht möglich, die Anonymität im Onlinebereich zu gewährleisten. Es ist jedoch davon auszugehen, dass bereits heute und auch zukünftig Käufe von Filmen und Videospielen grösstenteils online stattfinden. Aus Sicht des Regierungsrats ist es deshalb zentral, den erläuternden Bericht um entsprechende Ausführungen zu ergänzen, damit bei Vorliegen von adäquaten technischen Möglichkeiten respektive Prüfverfahren der Jugendschutz künftig auch online überprüft und gewährleistet werden kann.

Um die Vergleichbarkeit der Tests zu gewährleisten, ist schliesslich ein einheitliches, vom Bundesamt für Sozialversicherungen vorgegebenes Testkonzept sinnvoll. Der Regierungsrat empfiehlt deshalb, Art. 12 des Verordnungsentwurfs entsprechend zu überdenken.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung der unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Jean-Pierre Gallati
Landammann



Joana Filippi
Staatsschreiberin

z.K. an

- jugendschutz@bsv.admin.ch



**KANTON
APPENZEL INNERRHODEN**

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
jugendschutz@bsv.admin.ch

Appenzell, 4. Oktober 2023

Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie hat keine Ergänzungs- oder Änderungsbegehren anzubringen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:

Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell I.Rh., Hoferbad 2, 9050 Appenzell
- Erziehungsdepartement Appenzell I.Rh., Hauptgasse 51, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidgenössisches Departement des Innern
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 22. September 2023

Eidg. Vernehmlassung; Vorentwurf Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Das eidgenössische Departement des Innern (EDI) hat am 16. Juni 2023 das Vernehmlassungsverfahren zur Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV) eröffnet. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis 6. Oktober 2023.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er begrüsst den Verordnungsentwurf der JSFVV zur Präzisierung der neuen Bundesgesetzgebung. Im Bereich der Filme und Videospiele ist eine einheitliche Regelung zum Thema Jugendschutz von grosser Bedeutung für den Vollzug. Mit der neuen Gesetzgebung können dabei die Einhaltung von einheitlichen Mindeststandards gewährleistet und Minderjährige besser vor ungeeigneten Medieninhalten geschützt werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Bundesamt für Sozialversicherungen

Per E-Mail (als pdf- und docx-Datei) an:
jugendschutz@bsv.admin.ch

RRB Nr.: - 9 7 2 / 2 0 2 3 6. September 2023
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

**Vernehmlassung des Bundes: Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV)
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Er stimmt den Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG) zu.

In Bezug auf das Inkrafttreten ist vorgesehen, dass der erste Teil der Bestimmungen am 1. Juli 2024 in Kraft treten soll, der zweite Teil gemeinsam mit der Verbindlicherklärung der ersten Jugendschutzregelung zu einem späteren, vom Bundesrat zu bestimmenden Zeitpunkt. Dieser Zeitpunkt ist den Kantonen frühzeitig mitzuteilen, damit ihnen ausreichend Zeit für die Planung der Übernahme der neuen Aufgaben in den Bereichen Tests (Art. 10-12 JSFVV) und Koordination des Vollzugs (Art. 19 JSFVV) bleibt.

Der Regierungsrat dankt für die Berücksichtigung seiner Bemerkung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Philippe Müller
Regierungspräsident

Christoph Auer
Staatsschreiber

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement des Innern

jugendschutz@bsv.admin.ch

Liestal, 26. September 2023

Vernehmlassung zur Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung.

Grundsätzlich begrüssen wir die Präzisierungen zur Umsetzung des neuen Gesetzes auf Verordnungsstufe. Insbesondere die Anforderungen an die Anbieterinnen von Abrufdiensten und Plattformdiensten erachten wir als sinnvoll und notwendig zum Erreichen eines wirksamen Kinder- und Jugendmedienschutzes.

Die in der Verordnung vorgeschlagene Aufgabenteilung bei den Tests zwischen dem Bund und den Kantonen erachten wir jedoch als wenig sinnvoll und nicht zielführend: Gemäss Art. 27 des Bundesgesetzes über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele ([JSFVG](#)) gehören die Testkäufe und Testeintritte zu den Aufsichtsaufgaben der Kantone und sie tragen die Kosten dafür (Art. 32 JSFVG). Die Vorgaben der JSFVV sehen vor, dass das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) künftig die Fachorganisationen, die für die Kantone oder es selber Tests im Rahmen des JSFVG durchführen, beaufsichtigt und deren Testkonzepte genehmigt. Damit übergibt der Bund zwar den Kantonen die Durchführung und Finanzierung der Tests, definiert aber gleichzeitig im Detail, wie die Tests durchzuführen sind und behält die Aufsicht über die Umsetzung.

Zu den einzelnen Bestimmungen haben wir folgende Bemerkungen:

Art. 4: Anforderungen an die beigezogenen Expertinnen und Experten

Wir beantragen folgende Ergänzung: «Expertinnen und Experten, die für die Erarbeitung der Jugendschutzregelung beigezogen werden, müssen in einer Kinder- oder Jugendschutzorganisation oder an einer Hochschule im Themenfeld Jugendschutz tätig sein oder über langjährige und praktische Erfahrungen im Kinder- und Jugendmedienschutz verfügen und von den Akteurinnen im Bereich Film beziehungsweise Videospiele unabhängig sein.»

Begründung: Der erläuternde Bericht führt zu diesem Artikel einzig aus, dass die Expertinnen und Experten «bei einer anerkannten Jugend- oder Kinderschutzorganisation tätig sein» müssen. Unklar bleibt, was für Organisationen konkret gemeint sind und wer diese Organisationen anerkennt. Wichtiger als das Tätigkeitsfeld erscheint uns jedoch die praktische Erfahrung im Kinder- und Jugendmedienschutz der Expertinnen und Experten. Mit der von uns vorgeschlagenen Ergänzung wird die Möglichkeit geschaffen, erfahrene Personen aus dem Kinder- und Jugendmedienschutz als Expertinnen und Experten einzusetzen.

5. Abschnitt: Tests

Die in diesem Abschnitt skizzierte Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wird nicht unterstützt. Wenn die Kantone, wie im JSFVG definiert, für die Testkäufe in ihren Kantonen zuständig sind und diese finanzieren, dann soll die Kontrolle darüber auch bei den Kantonen bleiben.

Art. 11: Beaufsichtigung der Fachorganisationen

Wir beantragen die Streichung der Passage «oder den Kantonen»:

Begründung: Auf kantonaler Ebene besteht eine jahrelange praktische Erfahrung mit Testkäufen (Alkohol und Tabak) im Jugendschutzbereich. Die Kantone werden wie bis anhin Fachorganisationen mit Leistungsaufträgen und Finanzierungen zu Testkäufen beauftragen. Wenn das BSV die Aufsicht über diese Fachorganisationen übernimmt, werden die Kantone durch den Bund übersteuert. Die Aufsicht über die durch die Kantone beauftragten Fachorganisationen muss auch durch die zuständigen kantonalen Behörden wahrgenommen werden, damit Effizienz gewährleistet und Doppelspurigkeiten vermieden werden können.

Art. 12: Testkonzepte

Wir beantragen folgende Ergänzung in Absatz 2: «² Die Fachorganisationen müssen dem BSV oder der zuständigen kantonalen Stelle ihr Testkonzept zur Genehmigung unterbreiten.»

Begründung: Wenn die Kantone die Aufsicht über die von ihnen beauftragten Fachorganisationen übernehmen, müssen die Fachorganisationen die Testkonzepte den für die Testkäufe zuständigen kantonalen Stellen zur Genehmigung unterbreiten und nicht dem BSV.

Art. 15: Protokollierung der Tests

Wir beantragen folgende Ergänzung in Absatz 2: «² Im Protokoll sind sämtliche relevanten Angaben zum Test festzuhalten. Belege und **allfällige** Fotos sind dem Protokoll beizulegen.»

Begründung: Auch im erläuternden Bericht wird von «allfälligen Fotos» gesprochen. Wir regen an, diesen Begriff auch in der Verordnung zu verwenden, damit deutlich ist, dass die Beilage von Fotos nicht zwingend ist.

Art. 19:

Wir beantragen, Absatz 2 dieses Artikels folgendermassen zu ändern: «² Die Kantone melden dem BSV einmal pro Jahr die Massnahmen, **die sie im vergangenen Jahr ergriffen haben.**»

Begründung: Gemäss Art. 21 JSFVG können die Kantone Testkäufe oder Testeintritte durchführen, müssen aber nicht. Wenn sie die im folgenden Jahr beabsichtigten Testkäufe melden, besteht noch keine Gewissheit, dass diese auch tatsächlich durchgeführt wurden.

Damit das BSV seine Aufsichts- und Koordinationsaufgaben gemäss Art. 28 JSFVG erfüllen kann, ist es zielführender, wenn die Kantone die ergriffenen Massnahmen rückblickend und nicht

vorausschauend melden. Anhand der von den Kantonen konkret durchgeführten Testkäufe im vergangenen Jahr kann das BSV dann «den Kantonen im Hinblick auf einen einheitlichen Vollzug bestimmte Massnahmen vorschreiben» (Art. 28, Abs. 4 JSFVG). Diese werden in Absatz 3 dieses Artikels konkretisiert «(...) namentlich die Mindestzahl der durchzuführenden Tests.».

Inkrafttreten

Die Verordnung sieht ein Inkrafttreten am 1. Juli 2024 vor. Nach Art. 37 JSFVG haben die Kantone danach zwei Jahre Zeit, die kantonalen Gesetzgebungen anzupassen. Für den Kanton Basel-Landschaft bedeutet dies, dass zumindest das kantonale Gesetz betreffend öffentliche Filmvorführungen und Abgabe von elektronischen Trägermedien geändert - oder allenfalls aufgehoben - und allenfalls Bestimmungen in andere Gesetze überführt werden müssen. Zudem braucht es aller Voraussicht nach eine Einführungsverordnung zum Bundesgesetz. Schliesslich muss geklärt sein, wer in den Kantonen für die neuen Aufgaben zuständig ist. Dies scheint machbar, jedoch ist die Umsetzungszeit eher knapp bemessen. Wir beantragen daher ein Inkrafttreten auf den 1. Januar 2025.

Hochachtungsvoll



Monica Gschwind
Regierungspräsidentin



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Departement des Innern
(EDI)
per Mail an: jugendschutz@bsv.admin.ch

Basel, 19. September 2023

Präsidialnummer: P230913

Regierungsratsbeschluss vom 19. September 2023

Vernehmlassung zur Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV) zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen nachstehend unsere Anträge und Bemerkungen zukommen.

1. Grundsätzliche Einschätzung

Der Kanton Basel-Stadt führt zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft eine bikantonale Medienkommission. Die Mitglieder sind – zusammen mit denjenigen anderer kantonaler Medienkommissionen – gleichzeitig Mitglieder der Schweizerischen Kommission Jugendschutz im Film (JiF) und setzen in deren Auftrag ein für Kinder oder Jugendliche geeignetes Zugangsalter zu Kinofilmen fest. Die Arbeit der Medienkommission beider Basel stützt sich auf das Film- und Trägermediengesetz vom 9. Juni 2010 (FTG). Mit Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG) und der nun vorgelegten dazugehörigen Verordnung JSFVV wird dieses Gesetz obsolet.

Grundsätzlich begrüssen wir die Präzisierungen zur Umsetzung des neuen Gesetzes auf Verordnungsstufe. Insbesondere die Anforderungen an die Anbieterinnen von Abrufdiensten und Plattformdiensten erachten wir als sinnvoll und notwendig zum Erreichen eines wirksamen Kinder- und Jugendmedienschutzes. Es wird jedoch für die Branchenorganisation herausfordernd sein, diese mit den heute zur Verfügung stehenden technischen und finanziellen Mitteln umzusetzen.

Die in der Verordnung vorgeschlagene Aufgabenteilung bei den Tests zwischen dem Bund und den Kantonen erachten wir jedoch als wenig sinnvoll und nicht zielführend: Gemäss Art. 27 JSFVG gehören die Testkäufe und Testeintritte zu den Aufsichtsaufgaben der Kantone und sie tragen die Kosten dafür (Art. 32 JSFVG). Die Vorgaben der JSFVV sehen vor, dass das

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) künftig die Fachorganisationen, die für die Kantone oder das BSV selber Tests im Rahmen des JSFVG durchführen, beaufsichtigt und deren Testkonzepte genehmigt. Damit übergibt der Bund zwar den Kantonen die Verantwortung für die Durchführung und Finanzierung der Tests, definiert aber gleichzeitig im Detail, wie die Tests durchzuführen sind und behält die Aufsicht über die Umsetzung.

2. Anträge zu den einzelnen Änderungsvorschlägen

2.1 2. Abschnitt: Anforderungen an die Branchenorganisation und an die beigezogenen Expertinnen und Experten

2.1.1 Art. 4 Anforderungen an die beigezogenen Expertinnen und Experten

Antrag:

Wir beantragen folgende Ergänzung:

«Expertinnen und Experten, die für die Erarbeitung der Jugendschutzregelung beigezogen werden, müssen in einer Kinder- oder Jugendschutzorganisation oder an einer Hochschule im Themenfeld Jugendschutz tätig sein **oder über langjährige und praktische Erfahrungen im Kinder- und Jugendmedienschutz verfügen** und von den Akteurinnen im Bereich Film beziehungsweise Videospiele unabhängig sein.»

Begründung:

Der erläuternde Bericht führt zu diesem Artikel einzig aus, dass die Expertinnen und Experten «bei einer anerkannten Jugend- oder Kinderschutzorganisation tätig sein» müssen. Unklar bleibt, was für Organisationen konkret gemeint sind und wer diese Organisationen anerkennt. Wichtiger als das Tätigkeitsfeld erscheint uns jedoch die praktische Erfahrung im Kinder- und Jugendmedienschutz der Expertinnen und Experten. Mit der von uns vorgeschlagenen Ergänzung wird die Möglichkeit geschaffen, erfahrene Personen aus dem Kinder- und Jugendmedienschutz als Expertinnen und Experten einzusetzen.

2.2 5. Abschnitt: Tests

Die in diesem Abschnitt skizzierte Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ist nicht zielführend (siehe Kapitel 1. Grundsätzliche Einschätzung). Wenn die Kantone wie im JSFVG definiert für die Testkäufe in ihren Kantonen zuständig sind und diese finanzieren, dann soll die Kontrolle darüber auch bei den Kantonen bleiben.

2.2.1 Art. 11 Beaufsichtigung der Fachorganisationen

Antrag:

Wir beantragen folgende Streichung:

«Das BSV ist für die Beaufsichtigung der von ihm ~~oder den Kantonen~~ beauftragten Fachorganisationen zuständig.»

Begründung:

Auf kantonaler Ebene besteht eine langjährige praktische Erfahrung mit Testkäufen (Alkohol und Tabak) im Jugendschutzbereich. Die Kantone werden wie bis anhin Fachorganisationen mit Leistungsaufträgen und Finanzierungen zu Testkäufen beauftragen. Wenn das BSV die Aufsicht über diese Fachorganisationen übernimmt, werden die Kantone durch den Bund übersteuert. Die Aufsicht über die durch die Kantone beauftragten Fachorganisationen muss auch durch die zuständigen kantonalen Behörden wahrgenommen werden, damit Effizienz gewährleistet und Doppelspurigkeiten vermieden werden können.

2.2.2 Art. 12 Testkonzepte

Antrag:

Wir beantragen folgende Ergänzung in Absatz 2:

«² Die Fachorganisationen müssen dem BSV **oder der zuständigen kantonalen Stelle** ihr Testkonzept zur Genehmigung unterbreiten.»

Begründung:

Wenn die Kantone die Aufsicht über die von ihnen beauftragten Fachorganisationen übernehmen, müssen die Fachorganisationen die Testkonzepte den für die Testkäufe zuständigen kantonalen Stellen zur Genehmigung unterbreiten und nicht dem BSV.

2.2.3 Art. 15 Protokollierung der Tests

Antrag:

Wir beantragen folgende Ergänzung in Absatz 2:

«² Im Protokoll sind sämtliche relevanten Angaben zum Test festzuhalten. Belege und **allfällige** Fotos sind dem Protokoll beizulegen.»

Begründung:

Auch im erläuternden Bericht wird von «allfälligen Fotos» gesprochen. Wir regen an, diesen Begriff auch in der Verordnung zu verwenden, damit deutlich ist, dass die Beilage von Fotos nicht zwingend ist.

2.3 6. Abschnitt: Koordination des Vollzugs

2.3.1 Art. 19

Antrag:

Wir beantragen, Absatz 2 dieses Artikels folgendermassen zu ändern:

«² Die Kantone melden dem BSV einmal pro Jahr die Massnahmen, die sie im ~~folgenden Jahr~~ zu ergreifen gedenken **vergangenen Jahr ergriffen haben.**»

Begründung:

Gemäss Art. 21 JSFVG können die Kantone Testkäufe oder Testeintritte durchführen, müssen aber nicht. Wenn sie die im folgenden Jahr beabsichtigten Testkäufe melden, besteht noch keine Gewissheit, dass diese auch tatsächlich durchgeführt wurden.

Damit das BSV seine Aufsichts- und Koordinationsaufgaben gemäss Art. 28 JSFVG erfüllen kann, ist es zielführender, wenn die Kantone die ergriffenen Massnahmen rückblickend und nicht vorausschauend melden. Anhand der von den Kantonen konkret durchgeführten Testkäufe im vergangenen Jahr kann das BSV dann «den Kantonen im Hinblick auf einen einheitlichen Vollzug bestimmte Massnahmen vorschreiben» (Art. 28 Abs. 4 JSFVG). Diese werden in Absatz 3 dieses Artikels konkretisiert (... «namentlich die Mindestzahl der durchzuführenden Tests.»).

2.4 8. Abschnitt: Inkrafttreten

Die Verordnung sieht ein Inkrafttreten am 1. Juli 2024 vor. Nach Art. 37 JSFVG haben die Kantone danach zwei Jahre Zeit, die kantonalen Gesetzgebungen anzupassen. Für den Kanton Basel-Stadt bedeutet dies, dass das kantonale Filmgesetz entweder totalrevidiert werden muss oder aufgehoben und allenfalls Bestimmungen in andere Gesetze überführt werden müssen. Zudem braucht es aller Voraussicht nach eine Einführungsverordnung zum Bundesgesetz. Schliesslich muss geklärt sein, wer in den Kantonen für die neuen Aufgaben zuständig ist.

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Für den Kanton Basel-Stadt ist dies machbar, jedoch ist die Umsetzungszeit eher knapp bemessen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen steht Ihnen gerne die Abteilung Jugend- und Familienangebote, Frau Felicitas Graf, felicitas.graf@bs.ch, Tel. 061 267 68 13, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral de l'intérieur DFI
Inselgasse 1
3003 Berne

Courriel : jugendschutz@bsv.admin.ch

Fribourg, le 26 septembre 2023

2023-834

Ordonnance sur la protection des mineurs dans les secteurs du film et du jeu vidéo (OPMFJ)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Par courrier du 16 juin dernier, vous nous avez consultés sur le projet cité en titre, et nous vous en remercions.

Nous approuvons ce projet.

Nous nous permettons toutefois d'émettre une remarque sur la teneur de l'art. 2 al. 1 P-OPMFJ. La lecture du rapport explicatif ne nous permet pas de conclure qu'il serait impossible au mineur de désactiver lui-même le contrôle parental avant même que ses représentants légaux soient au courant de l'existence d'un tel contrôle. Une telle possibilité réduirait à néant l'efficacité de cette mesure.

En vous remerciant une nouvelle fois de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Didier Castella, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Copie

—

à la Direction de la sécurité, de la justice et du sport, pour elle, la Police cantonale, le Service de la justice et par ce dernier aux instances concernées du Pouvoir judiciaire;
à la Direction de la santé et des affaires sociales ;
à la Chancellerie d'Etat.



Le Conseil d'Etat

6730-2023

Département fédéral de l'intérieur
Monsieur Alain Berset
Président de la Confédération

jugendschutz@bsv.admin.ch

Concerne : ordonnance sur la protection des mineurs dans les secteurs du film et du jeu vidéo (OPMFJ): ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Président de la Confédération,

Le Conseil d'État du canton de Genève a pris connaissance de votre courrier du 16 juin 2023 relatif à la procédure de consultation sur l'ordonnance sur la protection des mineurs dans le secteur du film et du jeu vidéo et vous transmet, en annexe, la position cantonale à la procédure de la consultation.

En vous remerciant de prendre en compte la position du canton de Genève, nous vous prions de croire, Monsieur le Président de la Confédération, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Michèle Righetti-El Zayadi

Le président :

Antonio Hodgers

Annexe mentionnée

Consultation sur l'ordonnance sur la protection des mineurs dans les secteurs du film et du jeu vidéo (OPMFJ): ouverture de la procédure de consultation: récapitulatif des prises de position du canton de Genève

En référence aux articles 16 et 207 de la Constitution de la République et canton de Genève, du 14 octobre 2012, le canton de Genève mène une politique active notamment dans le but de promouvoir des conditions propres à favoriser la santé des enfants et des jeunes et de protéger les enfants menacés dans leur intégrité physique et psychique. Aussi, le Gouvernement genevois salue l'adoption de la nouvelle loi fédérale sur la protection des mineurs dans les secteurs du film et du jeu vidéo, votée par le parlement fédéral le 30 septembre 2022. Il s'agit, sans aucun doute, d'une avancée importante pour protéger les mineurs des contenus de films et de jeux vidéo qui seraient susceptibles de porter préjudice à leur bon développement.

Vous trouverez ci-après la position du canton de Genève sur cette consultation.

- Art.1, al.2 : il serait utile de reformuler en indiquant que « *la limitation ne peut pas être supprimée par un mineur* », soit un mineur de manière générale, et non seulement le mineur qui souhaite créer le compte, ce que sous-entend « lui-même ».
- Art.2, al.1 let. a : ajouter à la lettre « a » (ou une lettre c) "la personne qui a créé un compte est informé des risques liés à l'accès à des contenus inappropriés".
- Art. 3 : pour garantir une pluridisciplinarité des acteurs, définir la répartition souhaitée selon le domaine d'activité des membres (cinéma, jeux vidéo, association de protection de l'enfant). Définir également le système / pouvoir de représentativité et prévoir la participation des enfants.
- Art.4 : la notion d'expert doit être revue. En effet, l'appartenance à une haute école n'est pas forcément une garantie d'expertise dans le domaine de la protection de l'enfance ou de la jeunesse. Il serait préférable de choisir des experts dans le domaine des acteurs de terrain. Idem, les experts pourraient aussi appartenir au champ de la prévention et de la santé (cf. article 10 let. a) du projet d'ordonnance. Préciser si les conditions sont cumulatives ou alternatives, car le texte est sujet à interprétation tel quel. Une connaissance dans les jeux vidéo doit être indispensable.
- Art.6 al.1 deuxième phrase, il pourrait être intéressant que l'OFAS soit également en contact régulier avec les experts mentionnés à l'article 10 al.1 let. f de la loi. Prévoir un contact avec les jeunes pour connaître leurs habitudes en matière de jeux vidéo.
- Art.7, al.2 : il conviendrait de mieux définir la « représentation des actes excessifs de violence » et des « actes sexuels explicites ».

Par ailleurs, il serait utile de prévoir qu'en début de chaque début de film ou de jeux vidéo au contenu non adapté, une alerte apparaisse sur l'âge requis, le contenu inadapté au mineur (violences, actes sexuels) et les risques qui y sont liés, ce, pour sensibiliser un

mineur qui y aurait accès soit seule, ou la personne majeure qui donnerait accès à ce contenu.

- Art. 8 : prévoir que ce système doit être accessible immédiatement, par exemple sur toutes les pages du site (en pied de page par exemple), ou dans le cadre d'un film, à côté de l'option « stop / pause » ou, dans un jeu vidéo, dans le menu de pause, accessible en appuyant sur la touche ESCAPE. Telle que formulée, la base légale est trop vague et n'a pas grande utilité.
- Article 9 al.1. Préférer un délai de trois jours.
Prévoir également qu'en cas de signalement de faits graves, par exemple, de la pédophilie, le contenu est immédiatement bloqué dans l'attente de l'examen par le prestataire.

Prévoir une obligation de dénoncer ou, rappel des articles relatifs au droit et à l'obligation de dénoncer / d'aviser l'autorité de protection de l'enfant.

- Art.12, al.1 : ajouter une lettre « f » mentionnant la suite à donner aux résultats : mesures, sensibilisation, etc.
- Art.13, al.3 : ajouter une lettre « d. sensibilisation » si cela n'est pas déjà compris dans la lettre « a. transmission des bases théoriques ».

Prévoir que le consentement est révocable en tout temps.

- Art. 14 al. 1 : définir, plus spécifiquement, les mesures mises en place en matière de protection des données pour préserver l'anonymat du mineur (données recueillies, sur quoi (recrutement, données personnelles, etc.), comment elles sont sauvegardées, etc.) et par qui (quelles bases légales s'appliquent, la LPD ou le droit cantonal, etc.).
- 14, al.2 : il faudrait préciser que le mineur ne doit pas habiter dans le canton où le test aura lieu.
- Art. 14 al. 3 : prévoir également que le mineur peut se rétracter en tout temps, notamment s'il existe un doute sur la présence d'une photocopie de sa carte d'identité dans le cadre du test. En effet, le prestataire pourrait, avec une photocopie et le PV (art. 15), retrouver le mineur grâce à la date indiquée dans le PV (surtout si le résultat est communiqué dans un délai aussi court que 10 jours).
- Art. 16 : comme susmentionné, prévoir une procédure différente si le prestataire a un moyen de reconnaître le mineur.
- Art. 17 : prévoir les modalités en matière de protection des données, quelles données sont sollicitées, comment, combien de temps, etc.
- Art. 18 : expliquer la raison de la condition de la contestation pour obtenir les émoluments, puisque les heures d'activités sont en lien avec la préparation, la réalisation et le suivi du test, donc pré éventuelle contestation. Plutôt que de prévoir une condition relative à la présence d'une contestation, prévoir un nombre maximal de visite dans un établissement, pour éviter la surfacturation de test chez un même prestataire.
- Art. 19 : Prévoir la participation des jeunes et des parents.
- Art.20, al.1 : Mission de la Plateforme « Jeunes et média » : ajouter spécifiquement la formation des parents/détenteurs de l'autorité parentale.

- Art.21, al.4, lettre « e » : cas échéant car pas pertinent pour une nouvelle structure qui serait justement créée pour répondre à la mission des tests.

Monsieur Stéphane Montfort, directeur adjoint de l'office de l'enfance et de la jeunesse (stephane.montfort@etat.ge.ch / 022.388.55.89) est à votre disposition comme personne de contact en cas de besoin de précisions.

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Departement
des Innern EDI
3003 Bern

Glarus, 3. Oktober 2023
Unsere Ref: 2023-180

Vernehmlassung zur Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV)

Hochgeachteter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement des Innern gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir zur Vorlage keine Bemerkungen bzw. Ergänzungen anzubringen haben.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat

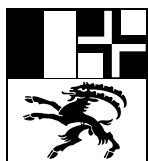


Benjamin Mühlemann
Landammann



Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):
- jugendschutz@bsv.admin.ch



Sitzung vom

19. September 2023

Mitgeteilt den

20. September 2023

Protokoll Nr.

740/2023

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
3003 Bern

Per E-Mail an:

jugendschutz@bsv.admin.ch

Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV)

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 24. Januar 2022 in erwähnter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Für einen wirksamen Kinder- und Jugendschutz begrüssen wir die Verpflichtung aller Anbieterinnen von Filmen und Videospielen zu Alterskennzeichnungen und -kontrollen unabhängig vom Verbreitungskanal. Der Schutz wird dann erhöht, wenn die Erziehungsberechtigten in den Prozess eingebunden und das Überprüfen des Alters der Nutzenden konkret überprüft wird. Eine reine Selbstdeklaration durch die Jugendlichen, wie aktuell teilweise verbreitet, ist wenig zielführend. Daher begrüssen wir die Präzisierungen im Grundsatz. Zur Erreichung der Ziele hinter diesem Gesetz – dem verbesserten Jugendschutz – sind unseres Erachtens drei Aspekte zentral:

- Erstens: Die Klassifizierung von Inhalten, welche dem Jugendschutz zuwiderlaufen, sollen anhand von wissenschaftlichen Erkenntnissen und nicht von moralischen Vorstellungen festgelegt werden. Darstellungen von Nacktheit stellen für

Jugendliche per se noch keine Gefährdung dar. Auf der anderen Seite können visuell harmlose Darstellungen je nach Kontext Gefühle wie Horror oder Grusel auslösen.

- Zweitens: Jugendliche kaufen und konsumieren Filme und Videospiele bereits heute und in Zukunft noch verstärkter auf digitalen Plattformen und Shops. Der Ansatz der Testkäufe in regionalen Läden ist daher gerade mit Blick auf den administrativen Aufwand und den präventiven Nutzen davon kritisch zu betrachten.
- Drittens: Diese digitalen Plattformen und Shops sind schweizweit tätig. Eine einheitliche Bundeshandhabung zur Schliessung von Schlupflöchern und Graubereichen läge somit auf der Hand. Die in der Verordnung vorgeschlagene Aufgabenteilung bei den Tests zwischen dem Bund und den Kantonen erachten wir als nicht zielführend und lehnen sie daher ab.

Im Folgenden gehen wir auf die Änderungsvorschläge ein, welche sich anhand der obigen Punkte auf tun:

Art. 7 Abs. 1 E-JSFVV (Anforderungen an das System zur Alterskontrolle):

Bei der erstmaligen Nutzung eines Abrufdienstes ist das Alter mit einem angemessenen möglichst datensparsamen Verfahren zu überprüfen. Es erscheint uns wichtig, dass neben dem Alter nicht auch Namen und weitere persönliche Daten aller Nutzenden verschiedener Plattformen gespeichert werden und somit der Datenschutz sichergestellt ist. Die technische Umsetzung stellt dabei aus unserer Sicht eine Herausforderung dar.

Art. 7 Abs. 2 E-JSFVV (Klassifizierung von für Minderjährige ungeeignete Inhalte):

Die Aufzählung von problematischen Inhalten soll um Inhalte ergänzt werden, die dazu geeignet sind, bei Kindern und Jugendlichen Ängste auszulösen (Horror, Grusel etc.). Zu beachten ist, dass für Kinder und Jugendliche andere Inhalte belastend oder verstörend wirken können als bei Erwachsenen. Grundsätzlich plädieren wir dafür, bei der Definition und Bewertung von Inhalten auf empirische Erkenntnisse zur Wirkung von audiovisuellen Inhalten auf Minderjährige abzustützen und nicht auf moralische Einstellungen beispielsweise zu Sexualität oder Nacktheit. Viele Jugendliche sind sexuell aktiv, bevor sie volljährig werden – sie werden folglich nicht von jeder Darstellung von Sexualität abgeschreckt. Auch scheint eine detailliertere Altersabstufung als minderjährig und volljährig sinnvoll.

Art. 11 E-JSFVV (Beaufsichtigung der Fachorganisationen)

Gemäss Art. 27 JSFVG gehören die Testkäufe und Testeintritte zu den Aufsichtsaufgaben der Kantone und sie tragen die Kosten dafür (Art. 32 JSFVG). Die Vorgaben der JSFVV sehen vor, dass das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) künftig die Fachorganisationen, die für die Kantone oder das BSV selbst Tests im Rahmen des JSFVG durchführen, beaufsichtigt und deren Testkonzepte genehmigt. Damit übergibt der Bund zwar den Kantonen die Durchführung und Finanzierung der Tests, definiert aber gleichzeitig im Detail, wie die Tests durchzuführen sind und behält die Aufsicht über die Umsetzung. Dies ist mit der Delegation der Tests an die Kantone und die damit verbundene autonome Umsetzung nicht vereinbar.

In verschiedenen Kantonen besteht eine jahrelange praktische Erfahrung mit Testkäufen (Alkohol, Tabak) im Jugendschutzbereich. Die Kantone werden wie bis anhin Fachorganisationen mit Leistungsaufträgen und Finanzierungen zu Testkäufen beauftragen. Wenn das BSV die Aufsicht über diese Fachorganisationen übernimmt, werden die Kantone durch den Bund übersteuert. Die Aufsicht über die durch die Kantone beauftragten Fachorganisationen muss auch durch die zuständigen kantonalen Behörden wahrgenommen werden, damit Effizienz gewährleistet und Doppelspurigkeiten vermieden werden können.

Wir schlagen folgende Streichung von Art. 11 E-JSFVV vor: ~~«Das BSV ist für die Beaufsichtigung der von ihm oder den Kantonen beauftragten Fachorganisationen zuständig.»~~

Art. 12 E-JSFVV (Testkonzepte)

Um eine Ausweichbewegung von Jugendlichen zu lokalen Verkaufsstellen zu verhindern, sind im Sinne einer präventiven Massnahme selbstredend auch Testkäufe und Testeintritte vor Ort indiziert. Wir bitten jedoch darum, aufgrund der erwähnten geringen und künftig weiter abnehmenden Bedeutung von Käufen und Eintritten vor Ort eine allfällige Vorgabe des Bundes bezüglich Mindestzahl an Testkäufen und Testeintritten gering anzusetzen. Eine numerische Angleichung an Testkäufe im Bereich Alkohol oder Tabakwaren ist nicht angezeigt. Diese Produkte werden vorwiegend in lokalen Verkaufsstellen erworben, bei Filmen und Videospiele ist dies nicht der Fall.

Art. 24 E-JSFVV (Inkrafttreten)

Abschliessend erscheint der Zeitpunkt des Inkrafttretens mit Blick auf kantonale Gesetzgebungen, welche gegebenenfalls noch angepasst werden müssen, als zu kurz.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, consisting of several fluid, overlapping strokes.

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, featuring a series of sharp, angular strokes.

Daniel Spadin

Gesundheits- und Sozialdepartement

Bahnhofstrasse 15

6002 Luzern

Telefon +41 41 228 60 84

gesundheit.soziales@lu.ch

www.lu.ch

Per E-Mailjugendschutz@bsv.admin.ch

Luzern, 5. September 2023

Protokoll-Nr.: 895

Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset

Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 haben Sie die Kantonsregierungen in eingangs erwähnter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern die Präzisierung einzelner Bestimmungen auf Verordnungsstufe, die für die Umsetzung des neuen Gesetzes notwendig sind, unterstützt.

Wir begrüssen, dass der Entwurf der Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV) in Abstimmung mit den betroffenen Branchen erarbeitet wurde. Dadurch konnte eine umsetzbare und praxisnahe Lösung gefunden werden. Die Präzisierungen zu den Finanzhilfen für überregionale Aktivitäten und das Modellprojekt orientieren sich an angrenzenden Fachgebieten und erhöhen aus Sicht des Kantons Luzern damit die Wirkung der Finanzhilfen.

Die Absicht, den Eltern und Bezugspersonen die notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen ist ein gewinnbringender Umstand, um die Jugendlichen zu schützen. Dass in der Schweiz für alle Anbieter von Filmen und Videospiele die gleichen Regeln gelten sollen, ist zu begrüssen.

Ich danke Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüße



Dr. iur. Michaela Tschuor
Regierungsrätin



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Envoi par courrier électronique

Département fédéral de l'intérieur
Inselgasse 1
3003 Berne

Consultation sur l'avant-projet d'ordonnance sur la protection des mineurs dans les secteurs du film et du jeu vidéo (OPMFJ)

Monsieur le conseiller fédéral,

Le Conseil d'État vous remercie de l'avoir associé à la procédure de consultation relative à l'ordonnance sur la protection des mineurs dans les secteurs du film et du jeu vidéo. Le gouvernement neuchâtelois salue les objectifs visés et soutient globalement cet avant-projet.

Le Conseil d'État observe que l'important changement légal décidé au niveau fédéral (LPMFJ) remet en question la distribution des tâches au sein de l'État, en attribuant notamment un rôle particulier à la police du commerce. Ce nouveau paradigme légitimera à futur les cantons à inclure les achats-tests sur les films et les jeux-vidéo dans les tests déjà réalisés sur la vente d'alcool ou de produits du tabac aux mineurs. Le rôle des cantons passera ainsi d'une autorité de détermination des âges d'accès au cinéma à celui de contrôle de l'application des normes en vigueur.

Cette modification importante du rôle des cantons entraînera pour eux un coût de mise en œuvre qu'il convient de ne pas négliger.

S'agissant du projet d'ordonnance (OPMFJ) soumis à consultation, il concerne pour une part importante des dispositions d'exécution de domaines dont la compétence est réservée à la Confédération, par le biais de l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS), sur lesquelles les cantons ne sauraient se prononcer.

Pour le surplus, le Conseil d'État souhaite vous faire part des quelques éléments ci-après :

- Il est prévu de mettre en vigueur les articles 10 à 18 dans une phase ultérieure, ce qui est compréhensible, dans la mesure où les branches doivent au préalable s'être organisées et avoir mis en place leurs réglementations. Toutefois, pour que les cantons puissent également se préparer à leurs nouvelles tâches et adapter leurs législations, il conviendrait que l'entrée en vigueur de la seconde phase soit définie dès maintenant dans l'ordonnance, et devienne contraignante pour les organisations de branches. Aussi, le Conseil d'État estime-t-il qu'une date définitive d'entrée en vigueur de ces dispositions, devrait être fixée à l'alinéa 2 de l'article 24.

- L'article 10 permet à des organisations œuvrant dans différents domaines de se voir confier des mandats de tests, ce que le Conseil d'État salue, dans la mesure où cela permettra d'inclure des organisations qui agissent déjà aujourd'hui sur mandat des cantons dans les domaines de la vente d'alcool ou de cigarettes à des mineurs.
- Par contre, le gouvernement neuchâtelois ne partage pas la teneur de l'article 11. En effet, l'autorité qui mandate doit également être celle qui surveille les organisations mandatées. Il n'est pas opportun que l'OFAS surveille les organisations que les cantons auront mandatées. Pour pallier à cette incohérence, il s'agirait *de facto* d'ajouter un second alinéa attribuant aux cantons la surveillance des organisations qu'ils auront mandatées. La même remarque vaut pour l'alinéa 2 de l'article 12.
- L'article 17 est délicat, car sous prétexte de coordination des achats-tests, l'OFAS s'octroie de larges compétences, ce qui risque d'interférer avec l'organisation cantonale des achats-tests. Une disposition non-contraignante, telle une recommandation de coordination, serait plus adéquate.
- L'article 18, enfin, devrait être complété par une disposition autorisant les cantons à rémunérer les mineurs participants aux tests.

En dernier lieu, comme souhaité, en cas de besoin de précisions concernant la présente prise de position du Conseil d'État neuchâtelois, ce dernier vous laisse le soin de prendre contact directement avec M. Christian Fellrath, chef du service cantonal de protection de l'adulte et de la jeunesse (christian.fellrath@ne.ch ou 032 889 66 67).

En vous remerciant d'avoir pris connaissance de ce qui précède, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 20 septembre 2023

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
A. RIBAUX

La chancelière,
S. DESPLAND





CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidg. Departement des Innern EDI
Herr Bundespräsident Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 26. September 2023

Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 hat das EDI den Kanton Nidwalden eingeladen, sich zum Entwurf der Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele vernehmen zu lassen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen wie folgt Stellung.

Die Verordnung setzt auf den verstärkten Schutz von Minderjährigen in den Bereichen Film und Videospiele vor Darstellungen von Gewalt, Sexualität und weiteren bedrohlichen Szenen. Gleichzeitig wird der Fokus auch auf eine notwendige Information von Eltern und Bezugspersonen sowie die Medienkompetenz gelegt.

Das Ziel, Eltern und Bezugspersonen notwendige Informationen zukommen zu lassen, um die Verantwortung in Bezug auf altersgerechten Konsum bei Filmen und Videospielen wahrnehmen zu können, ist ein zentraler Baustein. Parallel muss die Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen gestärkt werden. Die digitale Welt ist im ständigen Wandel und die Stärkung der Medienkompetenz ist notwendig als wiederkehrende Aufgabe für Bund, Kantone, Schulen und weitere Akteure.

2. Abschnitt: Anforderungen an die Branchenorganisation und an die beigezogenen Expertinnen und Experten

Artikel 3: Repräsentativität der Branchenorganisation

..., dass sich die zu erarbeitende Jugendschutzregelung nicht gegen ausländische Anbieterinnen richten darf, ...

Es muss gewährleistet werden, dass auch ausländische Anbieterinnen beim Verkauf oder Streaming von Film und Videospielen in die Schweiz den Jugendschutz einhalten müssen.

5. Abschnitt: Tests

Testkäufe

Wir begrüssen, dass Testkäufe von externen Fachorganisationen (analog Testkäufe Alkohol und Tabak) durchgeführt werden können. Für kleinere Kantone macht es jedoch keinen Sinn, das Wissen für Testkäufe aufzubauen. Die Fachorganisationen bieten idealerweise auch eine Beratungsfunktion und Wissen an, welche Verkaufsstellen vorhanden sind und wo Testkäufe durchgeführt werden sollen (bspw. durch eine Liste/Aufzählung verschiedener Shops/Verkaufsstellen).

Testkäufe mit Fachorganisationen müssen erfahrungsgemäss (analog Testkäufe Alkohol und Tabak) einige Zeit im Voraus aufgegleist werden. Für kleinere Kantone ist es organisatorisch nicht möglich, spontan Testkäufe bei Veranstaltungen (z.B. Filmvorführungen bei Veranstaltungen) durchführen zu lassen.

Koordination von Testkäufen

Bei kleineren Kantonen macht es keinen Sinn, dass der Kanton und das BSV Testkäufe durchführen. Diese müssen unbedingt koordiniert werden (analog Testkäufe Alkohol und Tabak). In kleinen Kantonen sind wenige Verkaufsstellen betroffen. Eine alljährliche Überprüfung ist deshalb zu engmaschig, weshalb flexiblere Möglichkeiten bestehen müssen. Eine flexiblere Lösung wirkt sich auch auf die jährliche Berichterstattung aus.

8. Abschnitt: Inkrafttreten

Artikel 24

Aufgrund der notwendigen Gesetzanpassungen auf kantonaler Stufe muss geklärt werden, ob das Inkrafttreten per 1. Juli 2024 mit den im Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG) vorgesehenen zwei Jahren Übergangszeit für die Kantone umsetzbar ist. Dies hängt auch davon ab, ob «nur» eine Aufhebung von Gesetzen nötig ist, oder ob neu legiferiert werden muss.

Der Regierungsrat des Kantons Nidwalden dankt für die Möglichkeit der Stellungnahme und die Berücksichtigung seiner Überlegungen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Michèle Blöchli
Landammann



lic. iur. Emanuel Brügger
Landschreiber-Stv.

- jugendschutz@bsv.admin.ch



CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Eidgenössisches Departement des Innern
EDI

per Mail an:

jugendschutz@bsv.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.4692
Unser Zeichen: ks

Sarnen, 29. September 2023

**Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV);
Stellungnahme.**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Für die Einladung zur Vernehmlassung zur Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV) danken wir Ihnen.

Der Kanton Obwalden verzichtet bei diesem Vernehmlassungsverfahren auf eigene Ausführungen und schliesst sich stattdessen vollumfänglich der Stellungnahme der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) an.

Freundliche Grüsse



Christoph Amstad
Regierungsrat

Beilage:

- Stellungnahme der KKJPD

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung

- Sozialamt
- Datenschutzbeauftragter
- Staatskanzlei



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement des Innern
Inselgasse 1
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 30. September 2023

Eidgenössisches Departement des Innern: Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Nach wie vor begrüssen wir die Bestrebungen des Bundes, den Jugendschutz schweizweit zu harmonisieren. Aus unserer Sicht sind die vorgeschlagenen Verordnungsbestimmungen grösstenteils nachvollziehbar und schlüssig, es werden insbesondere auch die von der St.Galler Regierung in der Vernehmlassungsantwort zum Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele geforderten Bestimmungen konkretisiert. In folgenden Punkten sind Ergänzungen nötig:

– *Art. 7 Absatz 2:*

Hier wird spezifiziert, welche Inhalte als «für Minderjährige ungeeignet» einzustufen sind. Aus fachlicher Sicht sind insbesondere bei Videospiele nicht nur Inhalte (Gewalt, Sexualität und bedrohliche Szenen), sondern auch funktionale Elemente wie z.B. Belohnungssysteme, Lootboxen oder Mikrotransaktionen als nicht geeignet einzustufen. Die Verordnung geht auf diese Aspekte genauso wenig ein wie das Gesetz selber¹. Aus fachlicher Sicht decken die vorgesehenen Indikatoren nicht alle jugendschutzrelevanten Aspekte ab.

– *Art. 14:*

Testkäufe werden ausreichend geregelt mit Ausnahme von Online-Testkäufen. Da im Onlinebereich jedoch meist auch eine Vielzahl weiterer Informationen erfragt werden, wird der Beizug von Minderjährigen im Onlinebereich wohl nur in Ausnahmefällen in Frage kommen. Der Onlinebereich gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die Umsetzung von Tests muss entsprechend geregelt werden. Diese Forderung gilt gleichermassen

¹ Vgl. PD Dr.phil. Hans-Jürgen Rump, Universität zu Lübeck (2017). Expertise «Suchtfördernde Faktoren von Computer- und Internetspielen».



für zukünftige Testkäufe für Nikotin- und Alkoholprodukte (gem. neuem Tabakproduktegesetz). Sind Tests im Onlinebereich nicht umsetzbar, bedeutet das eine Schwächung des Vollzugs bzw. der Überprüfung und damit des Jugendschutzes als Ganzes.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Stefan Kölliker
Präsident



Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
jugendschutz@bsv.admin.ch

Kanton Schaffhausen
Departement des Innern
Mühlentalstrasse 105
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch



Telefon 052 632 74 61
sekretariat.di@sh.ch

Departement des Innern

Eidgenössisches Departement des
Innern EDI
3003 Bern

per E-Mail an:
jugendschutz@bsv.admin.ch

Schaffhausen, 2. Oktober 2023

Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 wurde der Kanton Schaffhausen zu einer Vernehmlassung in eingangs erwähnter Angelegenheit eingeladen. Diese Einladung wurde zuständigkeithalber an das Departement des Innern weitergeleitet. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und lassen uns wie folgt vernehmen:

Wir begrüssen die unterbreiteten Verordnungsbestimmungen grundsätzlich. Hinsichtlich Art. 23 Abs. 2 JSFVV beantragen wir, dass der Prozentsatz der Bundesfinanzierung auf 75 % angehoben wird, da der Bund die Entscheidkompetenz in Bezug auf die Gesuche (Art. 21 JSFVV) innehat. Auf eine weitergehende Stellungnahme verzichten wir.

Für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse
Der Departementssekretär

Dr. Simon Schädler

Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidgenössisches Departement des
Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20
3003 Bern

26. September 2023

Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV) Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 16. Juni 2023 eingeladen, zum Vorentwurf der Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV) eine Stellungnahme abzugeben. Gerne lassen wir uns wie folgt vernehmen:

Gesamtbeurteilung

Wir begrüssen die Anstrengungen, den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele zu stärken und schweizweit verbindliche Regulierungen zu schaffen. Wir begrüssen deshalb auch die Präzisierung zur Umsetzung des neuen Gesetzes auf Verordnungsstufe. Die vorgeschlagenen Massnahmen in den Bereichen Alterskontrolle und Elternkontrolle sind aus unserer Sicht grundsätzlich sinnvoll und angemessen. Der Fokus der Kontrollen sollte aus unserer Sicht jedoch im virtuellen Raum liegen (Abrufdienste, Online-Shops). Ebenfalls begrüssen wir die Finanzhilfen für überregionale Aktivitäten und Modellprojekte.

Die in der Verordnung vorgeschlagene Aufgabenteilung bei den Tests zwischen Bund und den Kantonen lehnen wir hingegen ab. Die Vermischung von Verantwortlichkeiten und Kompetenzen zwischen den Staatsebenen ist unüblich und unpraktikabel. Sie führt zu einem hohen Koordinations- und Abstimmungsbedarf, in einem Bereich, in dem eine klare Trennung von Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Kompetenzen nicht nur sinnvoll, sondern auch ohne weiteres möglich wäre. Die entsprechenden Bestimmungen sind dahingehend auszugestalten, dass die Kantone die Tests im Bereich der physischen Verkaufsstellen in ihrem Kantonsgebiet verantworten, während der Bund die Verantwortung im digitalen Raum trägt.

Wie bereits in der Vernehmlassungsantwort vom 18. Juni 2019 zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG) vorgebracht, plädiert der Kanton Solothurn dafür, im Titel und Textkörper der Verordnung anstelle des Begriffs «Jugendschutz» durchgehend den Begriff «Kinder- und Jugendschutz» zu verwenden. Im Bereich Alkohol oder Tabak mag der Begriff «Jugendschutz» mit der Zielgruppe übereinstimmen, aber Medieninhalte werden auch von Kindern konsumiert und diese müssen entsprechend ebenfalls vor ungeeigneten Inhalten geschützt werden. Durch die Inkludierung des Begriffs «Kinder»

würden auch die inhaltlichen Querverbindungen zu anderen rechtlichen Grundlagen verdeutlicht (Übereinkommen über die Rechte des Kindes, Kinder- und Jugendförderungsgesetz, zivilrechtlicher Kinderschutz gemäss ZGB u.a.).

Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Vorentwurfs JSFVV

1. Abschnitt: Massnahmen der Anbieterinnen von Abrufdiensten

Art. 1 Anforderungen an das System zur Alterskontrolle vor der erstmaligen Nutzung

Die vorgesehene Methode zur Alterskontrolle ist unzweckmässig. Es ist davon auszugehen, dass jugendliche Personen im Stande sind, das Kontrollsystem mit geringem Aufwand zu umgehen (z.B. einmaliges Abfotografieren einer fremden ID). Folglich sind weitere Formen eines eindeutigen Identitätsnachweises zu prüfen. Namentlich muss sichergestellt werden, dass die ID zur nutzenden Person gehört, wie dies beispielsweise beim Abschluss eines Bankkontos bereits der Fall ist.

Mit der Bestimmung, wonach die Modalitäten der Alterskontrolle dynamisch an neue (technische) Möglichkeiten angepasst werden können, sind wir einverstanden.

4. Abschnitt: Massnahmen der Anbieterinnen von Plattformdiensten

Art. 7 Anforderungen an das System zur Alterskontrolle vor der erstmaligen Nutzung

Die Aufzählung von problematischen Inhalten soll um Inhalte ergänzt werden, die dazu geeignet sind, bei Kinder- und Jugendlichen Ängste auszulösen (bspw. Horrorfilme). Wir regen daher an, Art. 7 Abs. 2 wie folgt zu ergänzen:

«Als für Minderjährige ungeeignet gelten insbesondere Inhalte, die übermässige Gewalt oder explizite sexuelle Handlungen darstellen oder die in anderer Form übermässig angst- oder ekelregend wirken.»

Zu beachten ist, dass für Kinder und Jugendliche andere Inhalte belastend oder verstörend wirken können als bei Erwachsenen. Grundsätzlich plädieren wir dafür, bei der Definition und Bewertung von Inhalten auf empirische Erkenntnisse zur Wirkung von audiovisuellen Inhalten auf Minderjährige abzustützen und nicht auf moralische Einstellungen bspw. zu Sexualität oder Nacktheit.

Art. 9 Bearbeitung der Meldungen von für Minderjährige ungeeigneten Inhalten

Plattformdienste sollten verpflichtet werden, die meldenden Personen nach Abschluss der Bearbeitung der Meldung über das Resultat, die Entscheidungsgrundlage und den Abschluss des Überprüfungsprozesses zu informieren. Wir regen daher an, Art. 9 um folgenden neuen Absatz zu ergänzen:

«Die Anbieterin des Plattformdienstes informiert die meldende Person nach Abschluss der Bearbeitung über das Ergebnis, die Entscheidungsgrundlage und über den Abschluss der Überprüfung.»

5. Abschnitt: Tests

Art. 11 Beaufsichtigung der Fachorganisationen

Diese Bestimmung lehnen wir in dieser Form, wie einleitend ausgeführt, ab und beantragen eine Neuformulierung im Sinne des vorstehenden Vorschlags für eine effektive Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen.

Art. 15 Protokollierung des Tests

Mit der aktuellen Formulierung in Abs. 1 bleibt unklar, wem die Protokolle ausgehändigt werden müssen. Die Ergebnisse und Protokolle sind der zuständigen Behörde zu übergeben. Sie soll verlangen können, dass ihr die Fachorganisation die gesamte Dokumentation zu den Testkäufen vorlegt. Wir regen an, Art. 15 um folgenden neuen Absatz zu ergänzen:

«Nach jedem Auftrag unterbreitet die Fachorganisation der zuständigen Behörde einen Bericht über die durchgeführten Testkäufe und die erhaltenen Ergebnisse. Die zuständige Behörde kann verlangen, dass ihr die Fachorganisation die gesamte Dokumentation zu den Testkäufen vorlegt.»

Die Ergebnisse sollen in einer national vergleichbaren Form festgehalten werden. Der Bund soll dazu die notwendigen Grundlagen zur Verfügung stellen.

6. Abschnitt: Koordination des Vollzugs

Art. 17

Diese Bestimmung ist ersatzlos zu streichen. Wie einleitend ausgeführt, ist die Aufgabenteilung so vorzunehmen, dass möglichst kein Koordinationsbedarf besteht bzw. dieser sich auf ein Mass beschränkt, die keine gesetzliche Regelung erfordert.

Art. 19

Mit Verweis auf unsere Anmerkungen zu Art. 11 erachten wir es als folgerichtig, dass die Bestimmung des Umfangs der durchzuführenden Tests in der Kompetenz der Kantone liegt. Wir beantragen deshalb die ersatzlose Streichung von Art. 19 Abs. 3.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, danken wir Ihnen bestens.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Brigit Wyss
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatschreiber

Regierungsrat des Kantons Schwyz

kantonschwyz



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössische Departement des Innern, EDI
3003 Bern
jugendschutz@bsv.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Schwyz, 26. September 2023

Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 hat das Eidgenössische Departement des Innern den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiel (JSFVV) zur Vernehmlassung bis 6. Oktober 2023 unterbreitet.

Der Regierungsrat schliesst sich der Stellungnahme der Schweizerischen Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren vom 19. September 2023 an. Insbesondere weisen wir darauf hin, dass aus Effizienzgründen die Kontrolle der von den Kantonen beauftragten Fachorganisationen durch die kantonalen Behörden wahrgenommen werden soll. Die Beaufsichtigung durch das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) käme weiter einer Übersteuerung der Kantone durch den Bund gleich.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundespräsident, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

André Rügsegger
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement des Innern (EDI)
Herr Alain Berset
Bundespräsident
3003 Bern

Frauenfeld, 19. September 2023
526

Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV)

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Vorentwurf der Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV).

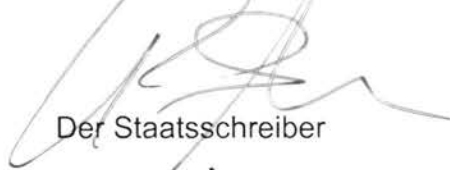
Angesichts des Vollzugscharakters der JSFVV wird auf eine Kommentierung einzelner Bestimmungen verzichtet. Staatliche Kontrollmassnahmen werden im sich technisch schnell medialen Unterhaltungssektor stets unvollständig bleiben, sind aber mit Aufwand und Freiheitsbeschränkungen für die Privaten verbunden. Zentral ist daher das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Wichtig ist auch eine Stärkung des elterlichen Verantwortungsbewusstseins.

Die vorgeschlagene Massnahme einer faktischen Ausweispflicht zur Nutzung von Games und Videos (Art. 1) wird kritisch beurteilt. Solche Massnahmen bedeuten für eine Vielzahl längst erwachsener Nutzerinnen und Nutzer einen Zusatzaufwand und sind auch aus datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten und mit Blick auf Sicherheitsaspekte fragwürdig. Gleichzeitig bleibt unklar, wie viele Minderjährige wirklich von den entsprechenden Angeboten abgehalten werden. Wir regen an, hier verhältnismässigere Massnahmen zu prüfen.

2/2

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



Numero
4528

fr

0

Bellinzona
27 settembre 2023

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale dell'interno
Ufficio federale delle assicurazioni sociali
UFAS
Effingerstrasse 20
3003 Berna

Invio per posta elettronica:
jugendschutz@bsv.admin.ch

Procedura di consultazione

Ordinanza sulla protezione dei minori nei settori dei film e dei videogiochi (OPMFV)

Egregio Presidente della Confederazione, Consigliere federale Berset,
spettabile Ufficio federale delle assicurazioni sociali,
gentili signore e signori,

vi ringraziamo per averci dato l'opportunità di esprimere la nostra opinione in merito alla procedura di consultazione sull'Ordinanza sulla protezione di minori nei settori dei film e dei videogiochi (OPMFV).

Considerazioni generali

In generale esprimiamo il nostro apprezzamento e accordo con le disposizioni contenute nella Legge federale sulla protezione dei minori nei settori dei film e dei videogiochi entrata in vigore nel settembre 2022 e nella relativa Ordinanza posta ora in consultazione.

I due testi perseguono l'obiettivo di proteggere i minori dai contenuti mediatici di film e videogiochi che potrebbero potenzialmente nuocere al loro sviluppo. Tutti i cinema, i servizi su richiesta e i venditori al dettaglio saranno tenuti ad indicare l'età minima richiesta per la visione di un determinato contenuto audiovisivo, nonché a svolgere i relativi controlli dell'età.

Il Cantone Ticino accoglie con favore le disposizioni proposte, tuttavia caldeggia l'introduzione di un inasprimento dei criteri di valutazione e una maggiore precisazione dei controlli che intendono essere applicati. Nello specifico, il Consiglio di Stato considera i sistemi di verifica dell'età illustrati nel progetto di Ordinanza facilmente eludibili da parte dei giovani. Oggigiorno, i genitori o altre persone di riferimento incontrano sempre maggiori difficoltà nella gestione delle relazioni tra i loro figli/ i loro protetti e i media; per questo motivo, accanto a rafforzare l'uso competente e consapevole delle nuove tecnologie-occorre concepire ulteriori accertamenti sull'età del minore che accede a determinati servizi online al primo utilizzo, come ad esempio la scansione della carta d'identità. Inoltre, il riconoscimento della corresponsabilità dei distributori di film e videogiochi nella tutela dei giovani relega lo Stato ad un ruolo sussidiario rispetto alle associazioni di categoria nella

definizione degli standard di protezione, ciò che potrebbe generare conflitti d'interesse. Sempre per quanto concerne l'attribuzione delle competenze e la definizione dell'indipendenza degli esperti impegnati nell'elaborazione della normativa in consultazione, non è specificato il ruolo che dovrebbe assumere in questo campo l'Ufficio federale delle assicurazioni sociali (UFAS).

Per quanto attiene invece ad alcuni aspetti di esecuzione contenuti nell'Ordinanza (pianificazione dei test e coordinamento dei test d'acquisto), si reputa che vi sia stata una sottovalutazione da parte del Consiglio federale dei costi per i Cantoni, una sottostima degli oneri amministrativi delle diverse parti, nonché un coordinamento insufficiente tra le autorità federali ed i Cantoni. Pur riconoscendo il valore dei test quale utile strumento di prevenzione e vigilanza, il Cantone reputa opportuno disporre di tariffe standardizzate per l'attribuzione dei mandati alle organizzazioni di categoria, di protocolli unificati, così come di un riconoscimento di emolumenti per l'esecuzione di queste sperimentazioni, in special modo quelle richieste dall'UFAS. Queste disposizioni potrebbero essere finanziate tramite un sistema di tassazione dei fornitori di servizi, analogamente alle tasse sull'alcool e sul tabacco.

Il Cantone accoglie favorevolmente l'impegno dimostrato dal Governo federale nel voler ancorare misure di prevenzione a livello di basi legali, favorendo a tal scopo la richiesta di contributi finanziari. Il criterio sovraregionale per l'attribuzione di queste sovvenzioni tiene conto delle specificità della Svizzera italiana ed è dunque valutato positivamente. I richiedenti dovrebbero tuttavia avere la possibilità di garantire la continuità dei progetti, in quanto i Cantoni stessi non devono e non possono assumersi tutti i costi ad essi correlati. Le risorse previste attualmente (soglia di sussidiamento del 50%) sono ritenute insufficienti per garantire un servizio orientato agli obiettivi. Di conseguenza, il Consiglio di Stato propone una sovvenzione nell'ordine del 75%.

Non da ultimo, essendo il Ticino un Cantone di frontiera con molte influenze dall'Italia, vi è la necessità che le organizzazioni di categoria e gli esperti di settore tengano conto anche delle produzioni audiovisive italiane. Infatti, molte pellicole proiettate nella Svizzera italiana non compaiono nei cartelloni cinematografici del resto della Svizzera. Nelle associazioni di categoria riconosciute dovrebbero dunque essere inclusi degli operatori con conoscenze specifiche, affinché siano integrate le proiezioni in cartellone in Ticino. A questo proposito, si richiama l'art.5 della Legge sul cinema del Cantone Ticino del 9 novembre 2005, ove sono precisati particolari requisiti relativi alle proiezioni pubbliche adatte ai minori.

Osservazioni puntuali e proposte di modifica

Art.1 cpv.1 OPMFV

Come già anticipato nelle considerazioni introduttive alla presente presa di posizione, esprimiamo preoccupazione circa la procedura di accertamento dell'età del minore che accede per la prima volta ad un determinato servizio su richiesta. Si raccomanda dunque di valutare attentamente la gestione di questa procedura.

Art.4 OPMFV

Si condivide il parere della Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia, secondo cui è importante che gli esperti coinvolti nell'elaborazione della regolamentazione per minori debbano essere attivi presso un'organizzazione per la protezione dell'infanzia o della gioventù oppure abbiano un'esperienza pratica pluriennale nella protezione dei minori nel settore dei media.

Art.7 cpv. 2 OPMFV

L'Ordinanza menziona qui i concetti di "violenza eccessiva" e "atti sessuali espliciti", senza tuttavia definirli. A questo proposito, potrebbero essere sviluppate delle linee guida o delle direttive da parte delle organizzazioni di categoria, in cui si specificano queste nozioni. Nel presente articolo non sono inoltre regolamentati ulteriori atti e comportamenti poco idonei all'età dei giovani, quali atteggiamenti discriminatori e razzisti, nonché contenuti osceni, offensivi, diffamatori per sesso, etnia o religione. Non sono inoltre presi in considerazione materiali audiovisivi che potrebbero urtare la sensibilità dei giovani oppure portare ad azioni emulative (autolesionismo, suicidio) o all'utilizzo di sostanze illecite.

Art.9 cpv.1 OPMFV

Il sistema di segnalazione di contenuti problematici da parte degli utenti ai diversi fornitori di servizi è valutato positivamente dal Consiglio di Stato. Si suggerisce, tuttavia, di consentire all'utilizzatore di trasmettere le proprie segnalazioni anche all'autorità competente, tramite il sistema introdotto dagli stessi distributori.

Art.12 cpv. 1 OPMFV

In merito all'elaborazione e allo svolgimento dei test, è necessario che l'UFAS, i Cantoni e le organizzazioni specializzate verifichino le rispettive ripartizioni dei costi. L'autorità responsabile a livello ticinese potrebbe essere rappresentata dalla Commissione dei film per giovani.

Art.12 cpv. 2 OPMFV

Si propone di modificare l'articolo in oggetto utilizzando la formulazione seguente:

²Le organizzazioni specializzate devono sottoporre per approvazione all'UFAS il loro piano per i test, *d'intesa con le autorità cantonali*.

Art.19 cpv. 2 OPMFV

Si propone di modificare l'articolo in oggetto utilizzando la formulazione seguente:

Una volta all'anno, i Cantoni devono comunicare all'UFAS le misure adottate *nell'anno precedente*.

Voglia gradire, egregio Presidente della Confederazione Berset, l'espressione della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Raffaele De Rosa

Il Cancelliere

Arnaldo Coduri

Copia a:

- Consiglio di Stato (decs-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch)
- Divisione della cultura e degli studi universitari (decs-dc@ti.ch; decs-ucsu@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet

Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV)

Fachliche Stellungnahme der Bildungs- und Kulturdirektion des Kantons Uri

Grundsätzliches

Grundsätzlich begrüssen wir die Präzisierungen zur Umsetzung des neuen Gesetzes auf Verordnungsebene. Insbesondere die Anforderungen an die Anbieterinnen von Abrufdiensten und Plattformdiensten erachten wir als sinnvoll und notwendig zum Erreichen eines wirksamen Kinder- und Jugendmedienschutzes. Es wird jedoch aus unserer Sicht, für die Branchenorganisation herausfordernd sein, diese mit den heute zur Verfügung stehenden technischen und finanziellen Mitteln umzusetzen.

Die in der Verordnung vorgeschlagene Aufgabenteilung bei den Tests zwischen dem Bund und den Kantonen erachten wir hingegen als wenig sinnvoll und nicht zielführend: Gemäss Art. 27 JSFVG gehören die Testkäufe und Testeintritte zu den Aufsichtsaufgaben der Kantone und sie tragen die Kosten dafür (Art. 32 JSFVG). Die Vorgaben der JSFVV sehen vor, dass das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) künftig die Fachorganisationen, die für die Kantone oder das BSV selbst Tests im Rahmen des JSFVG durchführen, beaufsichtigt und deren Testkonzepte genehmigt. Damit übergibt der Bund zwar den Kantonen die Durchführung und Finanzierung der Tests, definiert aber gleichzeitig im Detail, wie die Tests durchzuführen sind und behält die Aufsicht über die Umsetzung. Dies ist mit der Delegation der Tests an die Kantone und die damit verbundene autonome Umsetzung nicht vereinbar (siehe dazu auch Bemerkung zu Art. 11).

Nebst diesen grundsätzlichen Bemerkungen haben wir nach Prüfung der Vorlage auch Änderungsvorschläge zu einzelnen Bestimmungen.

Zu den einzelnen Artikeln

Im Folgenden werden ergänzend einige Bemerkungen zu konkreten Artikeln zusammengefasst:

- **2. Abschnitt: Anforderungen an die Branchenorganisationen und an die beigezogenen Expertinnen und Experten**
- **Art. 4 Anforderungen an die beigezogenen Expertinnen und Experten**

Wir schlagen folgende Ergänzung vor:

«Expertinnen und Experten, die für die Erarbeitung der Jugendschutzregelung beigezogen werden, müssen in einer Kinder- oder Jugendschutzorganisation oder an einer Hochschule im Themenfeld Jugendschutz tätig sein **oder über langjährige und praktische Erfahrungen im Kinder- und Jugendmedienschutz verfügen** und von den Akteurinnen im Bereich Film beziehungsweise Videospiele unabhängig sein.»

Begründung:

Der erläuternde Bericht führt zu diesem Artikel einzig aus, dass die Expertinnen und Experten «bei einer anerkannten Jugend- oder Kinderschutzorganisation tätig sein» müssen. Unklar bleibt, was für Organisationen konkret gemeint sind und wer diese Organisationen anerkennt. Wichtiger als das Tätigkeitsfeld erscheint uns jedoch die praktische Erfahrung im Kinder- und Jugendmedienschutz der Expertinnen und Experten. Mit der von uns vorgeschlagenen Ergänzung wird die Möglichkeit geschaffen, erfahrene Personen aus dem Kinder- und Jugendmedienschutz als Expertinnen und Experten einzusetzen.

- **4. Abschnitt: Massnahmen der Anbieterinnen von Plattformdiensten**

- **Art. 7 Anforderungen an das System zur Alterskontrolle vor der erstmaligen Nutzung**

Die Aufzählung von problematischen Inhalten soll um Inhalte ergänzt werden, die dazu geeignet sind, bei Kindern und Jugendlichen Ängste auszulösen (Horror etc.). Zu beachten ist, dass für Kinder und Jugendliche andere Inhalte belastend oder verstörend wirken können als bei Erwachsenen. Grundsätzlich plädieren wir dafür, bei der Definition und Bewertung von Inhalten auf empirische Erkenntnisse zur Wirkung von audiovisuellen Inhalten auf Minderjährige abzustützen.

- **Art. 9 Bearbeitung der Meldungen von für Minderjährige ungeeigneten Inhalten**

Die Plattformdienste sollen zudem verpflichtet werden, die meldenden Personen nach Abschluss der Bearbeitung der Meldung über das Resultat, die Entscheidungsgrundlage und den Abschluss des Überprüfungsprozesses zu informieren.

- **5. Abschnitt: Tests**

Die in diesem Abschnitt skizzierte Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ist nicht zielführend (siehe allgemeine Bemerkungen). Wenn die Kantone wie im JSFVG definiert für die Testkäufe in ihren Kantonen zuständig sind und diese finanzieren, dann soll die Kontrolle darüber auch bei den Kantonen bleiben.

- **Art. 11 Beaufsichtigung der Fachorganisationen**

Wir schlagen folgende Streichung vor:

«Das BSV ist für die Beaufsichtigung der von ihm ~~oder den Kantonen~~ beauftragen Fachorganisationen zuständig.»

Begründung:

In verschiedenen Kantonen besteht eine jahrelange praktische Erfahrung mit Testkäufen (Alkohol, Tabak) im Jugendschutzbereich. Die Kantone werden wie bis anhin Fachorganisationen mit Leistungsaufträgen und Finanzierungen zu Testkäufen beauftragen. Wenn das BSV die Aufsicht über diese Fachorganisationen übernimmt, werden die Kantone durch den Bund übersteuert. Die Aufsicht über die durch die Kantone beauftragen Fachorganisationen muss auch durch die zuständigen kantonalen Behörden wahrgenommen werden, damit Effizienz gewährleistet und Doppelspurigkeiten vermieden werden können.

- **Art. 12 Testkonzepte**

Wir schlagen folgende Ergänzung in Absatz 2 vor:

«² Die Fachorganisationen müssen dem BSV **oder der zuständigen kantonalen Stelle** ihr Testkonzept zur Genehmigung unterbreiten.»

Begründung:

Wenn die Kantone die Aufsicht über die von ihnen beauftragten Fachorganisationen übernehmen, müssen die Fachorganisationen die Testkonzepte den für die Testkäufe zuständigen kantonalen Stellen zur Genehmigung unterbreiten.

- **Art. 15 Protokollierung der Tests**

Wir schlagen folgende Ergänzung in Absatz 2 vor:

«Im Protokoll sind sämtliche relevanten Angaben zum Test festzuhalten. Belege und **allfällige** Fotos sind dem Protokoll beizulegen.»

Begründung:

Auch im erläuternden Bericht wird von «allfälligen Fotos» gesprochen. Wir regen an, diesen Begriff auch in der Verordnung zu verwenden, damit deutlich ist, dass die Beilage von Fotos nicht zwingend ist.

- **6. Abschnitt: Koordination des Vollzugs**

- **Art. 19**

Filme und Videospiele werden heutzutage vorwiegend online via Abrufdienste oder Online-Shops erworben, beziehungsweise konsumiert. Dies gilt in verstärkter Masse für Konsumentinnen und Konsumenten im Jugendalter. Diese Tendenz wird sich in den kommenden Jahren weiter akzentuieren. Es ist aus unserer Sicht deshalb angezeigt, beim Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele auf Abrufdienste und Online-Shops zu fokussieren.

Um eine Ausweichbewegung von Jugendlichen zu lokalen Verkaufsstellen zu verhindern, sind im Sinne einer präventiven Massnahme auch Testkäufe und Testeintritte vor Ort indiziert.

Wir bitten jedoch darum, aufgrund der erwähnten geringen und künftig weiter abnehmenden Bedeutung von Käufen und Eintritten vor Ort eine allfällige Vorgabe des Bundes bezüglich Mindestzahl an Testkäufen und Testeintritten (vgl. Art. 9 Abs. 3) gering anzusetzen. Eine numerische Angleichung an Testkäufe im Bereich Alkohol oder Tabakwaren ist nicht angezeigt. Diese Produkte werden vorwiegend in lokalen Verkaufsstellen erworben, bei Filmen und Videospiele ist dies nicht der Fall.

Wir schlagen im Weiteren vor, Absatz 2 dieses Artikels folgendermassen zu ändern:

«² Die Kantone melden dem BSV einmal pro Jahr die Massnahmen, die sie im ~~folgenden Jahr~~ **vergangenen Jahr ergriffen haben.**»

Begründung:

Gemäss Art. 21 JSFVG können die Kantone Testkäufe oder Testeintritte durchführen, müssen aber nicht. Wenn sie die im folgenden Jahr beabsichtigten Testkäufe melden, besteht noch keine Gewissheit, dass diese auch tatsächlich durchgeführt wurden. Damit das BSV seine Aufsichts- und Koordinationsaufgaben gemäss Art. 28 JSFVG erfüllen kann, ist es zielführender, wenn die Kantone die ergriffenen Massnahmen rückblickend und nicht vorausschauend melden. Anhand der von den Kantonen konkret durchgeführten Testkäufe im vergangenen Jahr kann das BSV dann «den Kantonen im Hinblick auf einen einheitlichen Vollzug bestimmte Massnahmen vorschreiben» (Art. 28, Abs. 4 JSFVG). Diese werden in Absatz 3 dieses Artikels konkretisiert (... «namentlich die Mindestzahl der durchzuführenden Tests»).

- **7. Abschnitt: Förderung der Medienkompetenz sowie Prävention**
- **Art. 22 Abs. 3 Gewährung von Finanzhilfen für überregionale Aktivitäten und Modellprojekte**

Wir begrüssen die vorgeschlagene Regelung. Aus der Bestimmung und den zugehörigen Erläuterungen geht für uns jedoch nicht hervor, wie und durch wen die Absprache zu erfolgen hat. Insofern erachten wir eine Präzisierung als angezeigt und regen an, für Gemeinden eine zu Art. 40 Abs. 2 Bst. h KJFV analoge Regelung zur Einreichung einer vorgängigen Stellungnahme des Kantons zu prüfen.

- **8. Abschnitt: Inkrafttreten**
- **Art. 24**

Aufgrund der notwendigen Gesetzanpassungen auf kantonaler Stufe muss geklärt werden, ob das Inkrafttreten per 1. Juli 2024 mit den im JSFVG nachfolgenden zwei Jahren Übergangszeit für die Kantone umsetzbar ist. Dies hängt auch davon ab, ob «nur» eine Aufhebung von Gesetzen nötig ist, oder ob neu legiferiert werden muss. Zudem muss in den Kantonen geklärt werden, wer für diese neuen Aufgaben zuständig ist



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Monsieur le Conseiller fédéral
Alain Berset
Chef du Département fédéral de l'intérieur
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Envoi par courriel :
jugendschutz@bsv.admin.ch

Réf. : ID 23_COU_3978

Lausanne, le 27 septembre 2023

Consultation fédérale (CE) Ordonnance sur la protection des mineurs dans les secteurs du film et du jeu vidéo (OPMFJ)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous vous remercions de nous avoir consultés sur ce projet d'ordonnance.

Le Canton de Vaud fait partie des rares à avoir adopté une loi visant la protection des mineurs lors de projections, de vente et de location d'œuvres audiovisuelles. L'Organe cantonal de contrôle des films (ci-après, l'OCCF) constitué lors de son entrée en vigueur en 2006, fixe l'âge d'admission, établit un âge suggéré et décrit le contenu pour les offres audiovisuelles précitées. Cette loi punit au surplus de la contravention toute personne qui y contreviendrait.

Depuis l'adoption de cette loi, les habitudes de consommation en matière d'offre audiovisuelle et de jeux vidéo ont évolué. A cet égard, l'utilisation des médias sociaux par les jeunes ainsi que la multiplication des plateformes d'accès à des contenus suscitent toujours plus de questions sur les risques possibles pour leur santé, leur bien-être, leur sécurité et leur développement. Or, le Gouvernement vaudois est particulièrement attentif à la santé mentale des jeunes, alors que les besoins ont augmenté de manière significative ces dernières années. Aussi, nous accueillons favorablement l'adoption d'une réglementation nationale en matière de protection des mineurs dans le secteur du film et des jeux vidéo, laquelle aidera à soutenir les parents dans l'application des règles déjà connues en matière de recommandations d'âge et permettra de protéger les mineurs face à des contenus susceptibles de porter préjudice à leur développement. Il ne peut toutefois que regretter vivement l'absence de prise en compte, dans cette loi, du potentiel addictif pourtant reconnu par l'OMS de certains jeux vidéo.

Lors de sa prise de position sur le projet de loi, le Canton de Vaud émettait des doutes quant à l'adéquation du mécanisme d'autorégulation pour atteindre le but visé. Les précisions apportées par la présente ordonnance quant à la représentativité des organisations de branche sont jugées satisfaisantes. Par ailleurs, le fait que ces acteurs doivent avoir leur siège ou filiale en Suisse paraît adéquat dans la mesure où il serait peu indiqué que le cadre réglementaire applicable soit déterminé par des acteurs étrangers à notre législation et à nos principes en matière de protection des mineurs.

Le Conseil d'Etat salue également la consultation d'expert-e-s indépendant-e-s par les organisations de branche et souligne que tant leur indépendance que leur lien avec la Suisse sont des prérequis essentiels pour garantir la qualité de la réglementation élaborée en matière de protection des mineurs. A cet égard, il apparaît que la question de l'indépendance mérite d'être approfondie dans cette ordonnance sous l'angle notamment de la rémunération faite aux experts et de l'élaboration d'un mécanisme de contrôle de cette indépendance.

En plus des experts précités, le Gouvernement vaudois demande à la Confédération d'examiner l'opportunité de bénéficier de l'expérience des commissions cantonales existantes (à l'instar de l'OCCF) et d'amener les organisations de branche à les consulter dans le cadre de l'élaboration des réglementations faisant partie de leur champ actuel de compétence.

Bien que découlant de la loi et non de l'ordonnance, l'évaluation régulière avec rapport tous les cinq ans traitant de l'efficacité des mesures de protection est particulièrement saluée. Une incertitude demeure néanmoins s'agissant du moment où la présente réglementation sera véritablement effective et de la latitude laissée aux cantons dans cet intervalle. En effet, il ressort de la loi qu'un délai de deux ans sera laissé aux organisations de branches pour adopter une réglementation idoine et que la déclaration de force obligatoire ne sera prononcée que sur requête de la branche concernée. Par ailleurs, la loi utilisant une forme potestative, aucune garantie n'est donnée que la Confédération édictera une réglementation à la place des différentes branches au terme de ce délai. Aussi, il paraît utile de préciser que les cantons conservent leur compétence tant qu'aucune réglementation remplaçant la loi cantonale n'aura été déclarée de force obligatoire.

S'agissant des exigences relatives au système de contrôle de l'âge, le Gouvernement vaudois juge essentiel de limiter l'accès aux contenus en fonction de l'âge de la personne et d'exiger des prestataires qu'ils recourent, à cette fin, à un système de vérification qui fasse foi. Néanmoins, il se doit de constater que la question de la protection des données suscite des inquiétudes, notamment auprès de la Commission des jeunes du canton de Vaud, sollicitée dans le cadre de cette consultation. Aussi, le Conseil d'Etat appelle de ses vœux que les principes en matière de protection des données soient mis en œuvre par les prestataires concernés et que le Préposé fédéral soit particulièrement vigilant au respect de ces normes dans ce contexte.

Bien que conscient qu'il ne sera pas possible d'éviter que certaines personnes contournent les mesures de contrôles mises sur pieds, le Conseil d'Etat encourage les prestataires à mettre toutes les mesures possibles en place pour limiter au maximum les tentatives de contournement. Par exemple, afin d'éviter que des mineurs n'accèdent à un compte laissé ouvert, une limite de connexion devrait être prévue. Un mécanisme de contrôle des dépenses devrait également être ajouté à la présente ordonnance.

Le Gouvernement vaudois salue l'engagement important de la Confédération sur les achats-tests ainsi que le respect de l'autonomie des cantons, lesquels n'auront pas à faire approuver leurs concepts d'achats-tests par l'OFAS. Néanmoins, la question du contrôle du respect de la loi, en dehors desdits achats-tests, suscitent des questions quant à la marge de manœuvre cantonale et mériterait des éclaircissements, par exemple sur la possibilité de prévoir, dans des dispositions d'application cantonale, un système d'annonce lors de projections publiques. Par ailleurs, s'agissant du déroulement de ces achats-tests, il convient de relever que le recours à un-e mineur-e se fait dans le contexte d'une transaction en présentiel (un magasin, un évènement, une représentation, etc.). En revanche, il y a lieu de s'interroger sur la nécessité d'engager des mineurs-e-s pour réaliser ces tests pour les contenus disponibles en ligne des jeux vidéo ou des plateformes de vente. Dans ce type de cas, des adultes pourraient en effet remplir cette fonction.

Il n'est pas inutile de souligner que les effets de cette nouvelle réglementation ne sauraient être pleinement efficaces sans prendre des mesures de prévention et d'informations auprès des parents et des jeunes quant aux risques d'accéder à des contenus non indiqués pour une catégorie d'âge. Aussi, le Conseil d'Etat note avec satisfaction que des aides financières puissent être octroyées à des acteurs privés ou publics œuvrant au renforcement des compétences médiatiques et à la prévention des risques des médias numériques.

A cet égard et en dernier lieu, la question des moyens mis à disposition n'a pas été suffisamment traitée. Or, il est nécessaire de donner des moyens suffisants aux cantons pour effectuer ces achats-tests ; il est également nécessaire que des ressources suffisantes soient allouées à la Confédération, d'une part pour développer la plateforme nationale « Jeunes et Médias », mais également pour assurer le suivi des organisations de branche, la vérification des réglementations et leur éventuelle adaptation en tenant compte de l'évolution constante du marché et de la technique. En l'occurrence, il est permis de douter que les ETP annoncés suffiront pour permettre à ces mesures de déployer pleinement leurs effets. Par ailleurs des campagnes de sensibilisation et prévention, à l'échelle nationale, notamment sur le potentiel addictif des jeux vidéo, seraient nécessaires en vue de protéger les mineurs.

Vous trouverez, en annexe, la position du Conseil d'Etat détaillée par article.

En vous remerciant pour l'opportunité de cette consultation, le Conseil d'Etat vous prie d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de sa considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER a.i.



François Vodoz

Annexe mentionnée

Copies

- SG-DJES
- OAE

Consultation fédérale (CE) Ordonnance sur la protection des mineurs dans les secteurs du film et du jeu vidéo (OPMFJ)

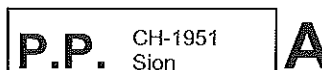
Déterminations article par article

Disposition	Proposition	Commentaire
Art. 1, al. 1	[...]. Une procédure est appropriée lorsqu'elle permet normalement de déterminer l'âge avec exactitude dans chaque cas et qu'elle respecte les principes en matière de protection des données.	La question de la protection des données en lien avec le contrôle de l'âge est particulièrement sensible dans la mesure où elle concerne les mineurs. Une attention particulière au respect de la LPD est souhaitée.
At. 2	[...]	<p>La question de savoir si le système de contrôle parental est activé ou non par défaut n'est pas clair. Une clarification est demandée sur ce point.</p> <p>Le contrôle parental par défaut est demandé. Dans une pesée des intérêts, la désactivation du contrôle parental ne présente pas de difficulté majeure contre l'intérêt de protection des mineurs. Le contrôle parental par défaut doit également permettre de moduler les engagements financiers (microtransactions ou autres).</p>
Art. 4	Les experts qui participent à l'élaboration de la réglementation relative à la protection des mineurs doivent appartenir à une organisation reconnue de la protection de l'enfance ou de la jeunesse ou à une haute école, être actifs en Suisse dans le domaine thématique de la protection des mineurs [...]	<p>Les experts en question doivent être reconnus pour avoir une certaine légitimité. Ce critère ne saurait néanmoins être trop restrictif.</p> <p>Par ailleurs, au même titre que les acteurs de l'organisation de branche doivent avoir un siège ou une filiale en Suisse, le lien avec</p>

		<p>notre pays paraît également essentiel s'agissant des experts consultés.</p> <p>Enfin, il est demandé au Conseil fédéral d'examiner l'opportunité d'intégrer des jeunes au sein du comité d'experts sur invitation et de manière ponctuelle afin que ceux-ci donnent leur opinion et participent aux travaux du groupe</p>
Art. 6, al. 1	L'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) suit les évolutions scientifiques et techniques en matière de protection des mineurs. Pour ce faire, il est en contact régulier avec les organisations de branche et avec des experts indépendants et reconnus en la matière.	L'OFAS ne saurait se contenter de contacts avec les organisations de branche, qui n'ont pas pour intérêt premier la protection des mineurs, pour évaluer les réglementations. Un contact direct avec des experts indépendants et reconnus en la matière représente un gage de sérieux indispensable.
Art. 7, al. 1	[...]. Une procédure est appropriée lorsqu'elle permet normalement de déterminer avec exactitude si la personne contrôlée est majeure et qu'elle respecte les principes en matière de protection des données.	Voir commentaire art. 1, al. 1.
Art. 7, al. 2	[...]	Une clarification de ce qui est entendu par « des actes de excessifs de violence ou des actes sexuels explicites » garantirait une meilleure application de la loi.
Art. 8	[...]	Le recours à des contrôles aléatoire de la part de la Confédération, quant à la qualité et la fiabilité des indications pour l'âge permettrait de renforcer le respect de cette législation.

Art. 9, al. 1	Le prestataire de service de plateforme traite les signalements de contenus non adaptés aux mineurs dans un délai de sept jours quatre jours maximum .	<p>Dans la mesure où un contenu signalé reste accessible durant la période d'examen et que les contenus circulent très vite, la durée du contrôle doit être diminuée. Si le prestataire n'est pas en mesure de tenir ce délai, il peut être imaginé qu'il suspende l'accès au contenu le temps de faire son examen.</p> <p>Il est par ailleurs demandé d'examiner la tenue d'un recueil par les prestataires, concernant les traitements des signalements, avec le type de contenu signalé et leur fréquence, afin de suivre l'évolution des contenus pourrait être utiles.</p>
Art. 10	Toute organisation spécialisée qui souhaite réaliser réalise des achats-tests [...]	Dans la mesure où le mandat est donné par les organisations de branche, les cantons ou l'OFAS (art. 21, al. 1 LPMFJ), ces achats-tests ne relèvent pas du bon vouloir des organisations spécialisées.
Art. 11	[...]	Cette disposition devrait être précisé, en explicitant les moyens de la surveillance projetés et en précisant, par exemple, si la surveillance de l'OFAS s'applique également si l'organisation en question travaille sur mandat d'une autorité cantonale.
Art. 12, al. 1, let. a	Recrutement des mineurs qui participeront au test si la participation d'un mineur est nécessaire	Dans le cas des accès en ligne, le concours d'un mineur n'est pas forcément nécessaire.
Art. 13, al. 2	Avant la préparation, ils consentent par écrit à participer aux tests. Ils sont informés de la possibilité de révoquer en tout temps cet accord.	Cette précision figure dans le rapport explicatif ; il y a lieu de l'intégrer dans l'ordonnance et d'informer dûment les participants.
Art. 16	Les prestataires et les organisateurs auprès desquels le test a été réalisé en sont informés dans un délai de 10 jours ouvrables 30 jours , [...]	Une campagne d'achats-tests se déroule en principe sur une durée limitée qui dépasse toutefois souvent 10 jours ouvrables. Afin d'éviter que le caractère secret de la démarche et son but, soient compromis, un délai plus long paraît plus indiqué.

Art. 20	[...]	Afin de s'assurer que les cantons ont une bonne connaissance des tâches accomplies par l'OFAS en lien avec la sensibilisation et le développement professionnel, une cartographie de l'ensemble des mesures mises (Plateforme nationale « jeunes et médias », site web, newsletter, brochures, soutien de projets, mise en réseau des acteurs dans le domaine, etc.) serait bienvenue.
Art. 21, al. 2	Une activité est considérée comme suprarégionale lorsqu'elle peut être mise en œuvre dans au moins deux trois cantons, [...]	Les cantons romands étant moins nombreux que les cantons alémaniques, il convient de réduire le nombre de cantons à deux.



Monsieur
Alain Berset
Président de la Confédération
Département fédéral de l'intérieur (DFI)
Inselgasse 1
3003 Berne



Notre réf. CN
Votre réf. /

Date 20 septembre 2023

Ordonnance sur la protection des mineurs dans les secteurs du film et du jeu vidéo (OPMFJ) - consultation

Monsieur le Président,

Le Conseil d'Etat du Canton du Valais salue l'adoption de la nouvelle loi fédérale sur la protection des mineurs dans les secteurs du film et du jeu vidéo, votée par le Parlement fédéral le 30 septembre 2022 et vous remercie vivement de lui avoir donné l'occasion de prendre position sur l'ordonnance susmentionnée. Dans ce domaine, en effet, si des politiques publiques, tant cantonales que communales, sont apparues avec plus ou moins de succès, force est de constater qu'elles ont souvent manqué de coordination entre elles, de sorte que leur efficacité en a probablement souffert.

Vous trouverez ci-dessous nos remarques et propositions de modification.

Section 1 : Mesures des prestataires de services à la demande

Art. 1 Exigences que doit remplir le système de contrôle de l'âge avant la première utilisation

Pas de remarque pour l'article 1.

Art. 2 Exigences que doit remplir le système de contrôle parental

Al. 1

Au vu de l'art. 1 al. 1 et 2 de l'OPMFJ, il n'est pas exclu qu'un mineur crée un compte sur un service à la demande. De cela, il résulte que l'art. 2 al. 1 let. b semble impliquer qu'un mineur peut activer ou désactiver le système de contrôle parental dès la première utilisation du service à la demande. De ce fait, nous proposons de modifier l'article de la manière suivante :

« ¹ Dès la première utilisation d'un service à la demande, la personne qui a créé un compte :
a. est informée de l'existence du système de contrôle parental ainsi que de ses fonctions ;
b. peut, si la personne ayant créé le compte est majeure, activer ou désactiver le système. »

Al. 2, 3 et 4

Pas de remarque pour les alinéas 2, 3 et 4.



Section 1 : Exigences que doivent remplir l'organisation de branche et les experts consultés

Art. 3 Représentativité de l'organisation de branche

Pas de remarque pour l'article 3.

Art. 4 Exigences que doivent remplir les experts consultés

La notion d'experts telle que proposée dans l'article 4 n'est pas adéquate. En effet, elle ne permet tout d'abord pas de garantir une grande expérience desdits experts dans le domaine de la protection des mineurs. De plus, la notion est trop restrictive en ce sens qu'elle ne prend pas en compte le domaine de la prévention et de la promotion de la santé. Le Canton du Valais pense qu'il faut tout à la fois ouvrir le champ des experts potentiels, tout en les obligeant à avoir certaines compétences reconnues dans le domaine de la protection de l'enfance et de la jeunesse et du développement de l'enfant. De ce fait, nous proposons de modifier l'article de la manière suivante :

« Les experts qui participent à l'élaboration de la réglementation relative à la protection des mineurs doivent appartenir à une organisation de protection de l'enfance, ou de la jeunesse ou à une organisation de promotion de la santé ou à une haute école et / ou justifier d'une expérience pratique suffisante dans le domaine de la protection de l'enfant ou du développement de l'enfant, être actifs dans le domaine thématique de la protection des mineurs et être indépendants des acteurs du secteur du film ou du jeu vidéo.

Section 3 : Déclaration de force obligatoire et contrôle régulier de la réglementation relative à la protection des mineurs

Art. 5 Annexes à la requête visant la déclaration de force obligatoire de la réglementation relative à la protection des mineurs

Pas de remarque pour l'article 5.

Art. 6 Contrôle régulier des réglementations relatives à la protection des mineurs

Al. 1

Il est souhaitable, que les experts, du fait qu'ils ont participé à l'élaboration de la réglementation relative à la protection des mineurs, puissent également accompagner l'OFAS dans son travail à long terme consistant à suivre les évolutions scientifiques et techniques en matière de protection des mineurs. De ce fait, nous proposons de modifier l'article de la manière suivante :

« ¹ L'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) suit les évolutions scientifiques et techniques en matière de protection des mineurs, aidé en cela par les experts désignés à l'art. 4 de la présente ordonnance. Pour ce faire, il est en contact régulier avec les organisations de branche. »

Al. 2 et 3

Pas de remarque pour les alinéas 2 et 3.

Section 4 : Mesures des prestataires de services de plateforme

Art. 7 Exigences que doit remplir le système de contrôle de l'âge avant la première utilisation

Al. 1

Pas de remarque pour l'alinéa 1.

Al. 2

Les notions d'actes excessifs de violence ou d'actes sexuels explicites, tout en étant certes évocateurs des comportements qu'ils visent, sont toutefois trop vagues et ne sont pas suffisamment définis.

De plus, en complément des contenus représentant des actes excessifs de violence ou des actes sexuels explicites, il faudrait mentionner expressément que doivent être contrôlés les contenus à caractère raciste, ainsi que les conseils et informations tendancieux ou trompeurs, notamment lorsque des sujets tels que la drogue, l'anorexie ou l'automutilation sont mentionnés.

Art. 8 Exigences que doit remplir le système de signalement de contenus non adaptés aux mineurs

Pas de remarque pour l'article 8.

Art. 9 Traitement des signalements de contenus non adaptés aux mineurs

Al. 1

Dans le contexte d'efficacité que se veut avoir la réglementation tendant à la protection des mineurs, il importe d'agir le plus rapidement possible lorsque des contenus qui ne leur sont pas adaptés sont constatés. Dans ce but, le prestataire de service de plateforme doit traiter ces signalements à haute charge négative immédiatement mais au plus tard dans un délai de 7 jours. De plus, la plateforme devrait informer la personne ayant signalé ce contenu non adaptés, ainsi que l'autorité à laquelle elle répond de la suite donnée à son signalement. De ce fait, nous proposons de modifier l'article de la manière suivante :

« ¹ Le prestataire de service de plateforme traite les signalements de contenus non adaptés aux mineurs immédiatement ou, au plus tard dans un délai de sept jours et informe du résultat la personne ayant signalé ledit contenu, ainsi que l'autorité. »

Al. 2

Pas de remarque pour l'aliéna 2.

Section 5 : Tests

Art. 10 Exigences que doivent remplir les organisations spécialisées

Pas de remarque pour l'article 10.

Art. 11 Surveillance des organisations spécialisées

De notre point de vue, la répartition des tâches entre l'OFAS et les cantons au niveau de la surveillance n'est pas efficace. En effet, nombre de cantons pratiquent déjà des tests dans d'autres domaines, notamment dans celui de l'alcool et du tabac. De ce fait, un mandat donné par un canton à l'OFAS fera possiblement doublon ou plus encore avec des mandats que ce canton donne déjà à d'autres organismes de contrôle. Outre le cumul d'intervenants-contrôleurs, ce mandat supplémentaire donné par le canton engendrera des frais supplémentaires, qui peuvent, rapidement ou à terme, conduire les autorités cantonales à renoncer à toute ou partie de la surveillance qu'elles exerçaient avant la présente législation.

De plus, la répartition des tâches telle que définie dans la présente ordonnance est incompatible avec la délégation faite aux cantons. En effet, le déroulement des tests est décrit de manière détaillée, ne laissant ainsi pas la place aux cantons d'élaborer eux-mêmes le processus alors qu'il leur appartient de procéder à leur réalisation et à leur financement.

Art. 12 Concept de test

Al. 1

Afin de maximiser les tests qui auront été effectués et surtout les constatations et leçons tirées d'eux, il importe d'utiliser les résultats obtenus notamment par des mesures à adopter ou des démarches de sensibilisation à programmer. De ce fait, nous proposons de modifier l'article de la manière suivante :

« ¹ Avant de réaliser le moindre test, l'OFAS, les cantons et les organisations spécialisées élaborent un concept de test, qui renseigne au minimum sur les points suivants :

- a. recrutement des mineurs qui participeront aux tests ;
- b. planifications des tests et préparation aux tests ;
- c. déroulement des tests ;
- d. documentation des tests ;
- e. communication des résultats des tests et adoption de mesures en relation avec ces résultats dont des mesures de sensibilisation. »

Al. 2

Pas de remarque pour l'alinéa 2.

Art. 13 Préparation des tests et accompagnement du mineur

Al. 1

Nous relevons que, si une anonymisation des données du mineur n'est pas en soi problématique pour effectuer des tests en personne, ce n'est pas le cas lors de tests effectués en ligne. En effet, des tests sur la vente d'alcool en ligne ont démontré que, bien que certains vendeurs vérifient effectivement l'âge de la personne, ladite vente d'alcool était tout de même disponible pour les mineurs s'étant annoncés comme tel.

Ainsi, la loi n'exigeant pas l'anonymisation du mineur, il nous semble nécessaire de pouvoir inscrire des mineurs en ligne afin d'être aptes à tester réellement l'impact du système de contrôle. En effet, une incapacité d'effectuer des tests en ligne avec des mineurs réduirait de manière considérable la qualité et la pertinence des tests, vidant par là-même de la substance des tests voulue par la loi. De ce fait, nous proposons de modifier l'article de la manière suivante :

« ¹ Le mineur et une personne qui détient l'autorité parentale sont dûment informés du déroulement des achats-tests, et en particulier :

- a. des instructions préalables données au mineur ;
- b. de l'encadrement systématique par un adulte ;
- c. de la garantie de l'anonymat du mineur, excepté avec l'autorisation préalable écrite du représentant légal. »

Al. 2, 3 et 4

Pas de remarque pour les alinéas 2, 3 et 4.

Art. 14 Garantie de l'anonymat du mineur

Al. 1

Dans ce point, nous nous référons aux remarques faites pour l'article 13 de l'ordonnance concernant l'anonymisation. Comme mentionné ci-dessus, il faut que l'ordonnance permette des tests pertinents et de qualité, ce que ne permet pas l'anonymisation du mineur. De ce fait, nous proposons de modifier l'article de la manière suivante :

« ¹ Excepté en cas d'obtention d'une autorisation au préalable et par écrit du représentant légal d'un mineur, l'anonymat dudit du mineur est garanti pendant toute la procédure. »

Al. 2

Pas de remarque pour l'alinéa 2.

Art. 15 Procès-verbal des tests

Pas de remarque pour l'article 15.

Art. 16 Communication des résultats aux prestataires et aux organisateurs d'événements concernés

Pas de remarque pour l'article 16.

Art. 17 Coordination des achats-tests

Pas de remarque pour l'article 17.

Art. 18 Emoluments pour les tests

Pas de remarque pour l'article 18.

Section 6 : Coordination de l'exécution

Art. 19

Pas de remarque pour l'article 19.

Section 7 : Promotion des compétences médiatiques et prévention

Art. 20 Sensibilisation et développement professionnel

Al. 1

Il importe que les représentants légaux, dont majoritairement des parents, des bénéficiaires de la présente ordonnance soient particulièrement sensibilisés à cette problématique à travers la plateforme nationale Jeunes et médias. De ce fait, nous proposons de modifier l'article de la manière suivante :

« ¹ L'OFAS gère la plateforme nationale Jeunes et médias. Celle-ci sert à l'information et à la sensibilisation du grand public, notamment des représentants légaux des mineurs, et au développement professionnel dans le domaine des médias numériques. »

Al. 2 et 3

Pas de remarque pour les alinéas 2 et 3.

Art. 21 Aides financières allouées à des activités suprarégionales ou à des projets modèles

Al. 1, 2 et 3

Pas de remarque pour les alinéas 1, 2 et 3.

Al. 4

De notre point de vue, les comptes annuels révisés de l'année précédente ne devraient pas constituer une condition pour les aides financières allouées à des projets modèles. En effet, par définition, les projets modèles doivent être novateurs et ils ne pourront pas toujours montrer des comptes annuels révisés, excepté si ces derniers sont demandés à l'organisme porteur et non au projet lui-même. De ce fait, nous proposons de modifier l'article de la manière suivante :

« 4 La demande d'aides financières contient au moins les documents et données suivants :

- a. type et étendue ;
- b. objectif, groupes cibles et utilité ;
- c. personnes et organisations impliquées ;
- d. financement et budget ;
- e. comptes annuels révisés de l'année précédent, excepté pour les projets modèles mentionnés à l'al. 3 ;
- f. le cas échéant : statuts et ligne directrice ou description de l'organisation ;
- g. pour les projets modèles mentionnés à l'al. 3 : caractère novateur. »

Art. 22 Octroi d'aides financières à des activités suprarégionales ou à des projets modèles

Pas de remarque pour l'article 22.

Art. 23 Montant des aides financières allouées à des activités suprarégionales ou à des projets modèles

Pas de remarque pour l'article 23.

Section 8. Entrée en vigueur

Art. 24

Pas de remarque pour l'article 24.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Président, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

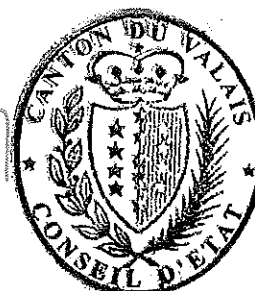


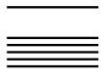
Christophe Darbellay

La chancelière



Monique Albrecht





Sicherheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Departement
des Innern EDI
Herr Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
3011 Bern

T direkt +41 41 728 50 28
christine.gander@zg.ch
Zug, 9. Oktober 2023 GANE
SD SDS 7.11 / 356

Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV) Stellungnahme des Kantons Zug

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, sich bis am 6. Oktober 2023 zum oben genannten Verordnungsentwurf vernehmen zu lassen. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat die Sicherheitsdirektion mit der direkten Erledigung der Vernehmlassung beauftragt. Nach Rücksprache mit der Direktion des Innern und der Gesundheitsdirektion nehmen wir wie folgt zur Vorlage Stellung.

I. Allgemeines

Wir begrüssen die Präzisierungen auf Verordnungsstufe zum Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG) und erachten deren Inhalt als wertvollen Beitrag zum besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor ungeeigneten Inhalten in den Bereichen Film und Videospiele. Mit dem neuen Gesetz sollen Minderjährige vor nicht altersgerechten Medieninhalten in Filmen und Videospielen geschützt werden, die ihre körperliche, geistige, psychische, sittliche oder soziale Entwicklung gefährden könnten. Mit den Ausführungen in der Verordnung wird gewährleistet, dass nicht nur Eltern, sondern auch Anbietende von Filmen und Videospielen in die Verantwortung genommen werden. Sie müssen sich aktiv mit dem Jugendschutz auseinandersetzen und werden verpflichtet, bei der Erarbeitung von verbindlichen Schutzbestimmungen mitzuwirken. Es kann also erwartet werden, dass dadurch praktikable und tragfähige Lösungen sowohl für die Anbietenden als auch für die Eltern gefunden werden. Zudem bewirken die vom Bundesrat vorgegebenen Alterskennzeichnungen, dass sich die von den Anbietenden erarbeiteten Bestimmungen im kantonalen Vergleich nicht allzu sehr voneinander unterscheiden.

Wir unterstützen die Festlegung von Anforderungen an das System zur elterlichen Kontrolle, welche den Eltern individuelle Einstellungen zu den Zugriffsbedingungen ermöglichen. Auch dass die Anbietenden von Plattformdiensten dazu verpflichtet werden, das Alter der Nutzerinnen und Nutzer beim Konsum von nicht geeigneten Inhalten für Minderjährige zu prüfen, trägt zu einer erhöhten Sicherheit für minderjährige Nutzerinnen und Nutzer bei. Die grösste Herausforderung bei der Umsetzung des Gesetzes und der Verordnung wird unseres Erachtens die Verhinderung von Missbrauch sein.

Weiter sind die Regelungen zu den Testkäufen, welche eine aufeinander abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen vorsehen, positiv zu erwähnen. Dabei werden vor allem die Schutzbestimmungen wie Einführungskurse und Begleitungen für die minderjährigen Personen, welche die Testeinkäufe tätigen, begrüsst. In diesem Zusammenhang ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die neuen Aufgaben bei den Kantonen Mehraufwand generieren und zusätzliche Ressourcen erfordern werden.

II. Anträge und Begründung

Im Einzelnen stellen wir folgende Anträge:

- 1. In Art. 1 Abs. 1 und 2 JSFVV sei der Einschub «die ein Konto bei einem Abrufdienst einrichten will» ersatzlos zu streichen.**

Begründung:

Der erläuternde Bericht fasst die Geltung von Art. 1 JSFVV weiter als der formulierte Verordnungstext. Die Abrufdienste müssen das Alter «aller Nutzerinnen und Nutzer» vor der erstmaligen Nutzung des Dienstes kontrollieren. Dabei soll das Alter auch bei Probeabos, bei unentgeltlichen Abrufdiensten oder bei Abrufdiensten, die «unabhängig von der Eröffnung eines Kontos Inhalte zugänglich machen» kontrolliert werden (erläuternder Bericht S. 4, 4. Absatz). Der vorgesehene Verordnungstext knüpft jedoch nur an Personen an, die ein Konto bei einem Abrufdienst einrichten wollen. Diese Formulierung könnte als Schlupfloch für die im erläuternden Bericht genannten Abrufdienste ohne Kontoeröffnung dienen und Minderjährigen ungeeignete Inhalte anzeigen.

- 2. Art. 2 Abs. 2 Satz 1 JSFVV sei dahingehend zu ergänzen, dass das System zur elterlichen Kontrolle auch die Einschränkung von Mikrotransaktionen ermöglichen muss.**

Begründung:

Mikrotransaktionen sind im Bereich der Videospiele ein grosses Problem. Für wiederkehrende kleine Beträge an Echtgeld lassen sich für das Spiel förderliche Dinge wie Extraleben, Kleidung oder Waffen für die Spielfigur erwerben. Minderjährige haben oft keinen bewussten Umgang mit diesen Mikrotransaktionen, die meist ein Weiterkommen im Spiel

erst ermöglichen. Das System zur elterlichen Kontrolle sollte deshalb auch die Einschränkung bzw. den Ausschluss von Mikrotransaktionen umfassen.

3. Art. 2 Abs. 4 JSFVV sei mit folgendem Zusatz zu ergänzen: «und dass keine Mikrotransaktionen getätigt werden können.»

Die standardmässige Einstellung bei der Eröffnung eines Kontos sollte automatisch die Möglichkeit zur Tätigung von Mikrotransaktionen ausschliessen. Die Eltern von Minderjährigen sollen diese Möglichkeit bei Bedarf aktivieren können.

4. Der Begriff «ungeeignete Inhalte» in Art. 7 Abs. 2 JSFVV sei zu präzisieren.

Begründung:

Die Vorlage soll dazu dienen, die psychische Gesundheit und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu schützen und zwar vor «ungeeigneten Inhalten». Ungeeignet ist gemäss Art. 7 Abs. 2 JSFVV insbesondere «übermässige Gewaltdarstellung» und «explizite Darstellungen von Sexualität». Diese Begriffe sind zu wenig konkret und stark auslegungsbedürftig: Wann sind Gewaltdarstellungen «übermässig» und wann sind Darstellungen von Sexualität «explizit» genug, um als «ungeeignet» zu gelten? Im erläuternden Bericht finden sich keine Ausführungen hierzu. Obwohl mit dem Terminus «insbesondere» die Aufzählung nicht abschliessend ist, fragt sich, ob andere Inhalte bzw. videospieldspezifische Komponenten, welche die psychische Gesundheit und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen schädigen, ebenfalls als «ungeeignet» gemäss Art. 7 Abs. 2 JSFVV eingestuft werden können. Beispielsweise wäre es wichtig, Mikrotransaktionen in Videospielen als «ungeeignet» zu erfassen (siehe Antrag 2). Mikrotransaktionen übernehmen viele Mechanismen aus dem Bereich des Geldspiels. Kinder und Jugendliche sind in ihrer Entwicklung gefährdet, wenn sie damit und den damit verbundenen Gefahren (wie Überschuldung und Spielsucht) in Berührung kommen.

5. Art. 9 Abs. 1 JSFVV sei dahingehend zu ändern, dass die Anbieterin des Plattformdienstes über die Meldungen von für Minderjährige ungeeigneten Inhalten innerhalb von sieben Tagen entscheiden muss.

Begründung:

Gemäss dem vorgesehenen Verordnungstext muss die Anbieterin die erhaltenen Meldungen innert sieben Tagen «bearbeiten». Mit dieser Formulierung ist unklar, ob darunter nur eine Prüfung oder auch ein Entscheid fällt. Im Einklang mit dem erläuternden Bericht (S. 7) sollte auch im Verordnungstext festgehalten werden, dass die Anbieterin die Meldungen innert dieser Frist nicht nur prüfen, sondern auch darauf reagieren muss.

6. Im erläuternden Bericht sei das Verhältnis zwischen der JSFVV und Art. 197 des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 (StGB; SR 311 .0) zu erläutern.

Begründung:

In der neuen Verordnung sind Ausführungsbestimmungen zur elterlichen Kontrolle bei ungeeigneten Inhalten — wie sexuelle Inhalte (Art. 7 Abs. 2 JSFVV) — geregelt. Da dabei auch Pornografie erfasst ist, könnte Art. 197 StGB (Pornografie) einschlägig werden. Insbesondere bei minderjährigen Personen unter 16 Jahren könnten sich Anbietende von pornografischen Inhalten gemäss Art. 197 StGB strafbar machen. Darauf soll im erläuternden Bericht hingewiesen werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anträge.

Freundliche Grüsse
Sicherheitsdirektion



Laura Dittli
Regierungsrätin

Versand per E-Mail an:

- Eidgenössisches Departement des Innern EDI (jugendschutz@bsv.admin.ch; als PDF- und Word-Version)

Kopie per E-Mail an:

- Direktion des Innern (info.dis@zg.ch)
- Gesundheitsdirektion (info.gd@zg.ch)
- Direktion für Bildung und Kultur (info.dbk@zg.ch)
- Obergericht des Kantons Zug (info.og@zg.ch)
- Zuger Polizei (kommandooffice.polizei@zg.ch)
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch zur Aufschaltung der Vernehmlassungsantwort im Internet)



Eidgenössisches Departement des Innern
3003 Bern

27. September 2023 (RRB Nr. 1104/2023)

**Vorentwurf zu einer Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen
Film und Videospiele; Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 haben Sie uns eingeladen, zum Vorentwurf zu einer Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV) Stellung zu nehmen. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Wir unterstützen grundsätzlich die in der Verordnung vorgenommenen Konkretisierungen der gesetzlichen Regelungen. Insbesondere die Anforderungen an die Anbieterinnen und Anbieter von Abrufdiensten und Plattformdiensten erachten wir als sinnvoll und notwendig zum Erreichen eines wirksamen Kinder- und Jugendmedienschutzes. Dasselbe gilt auch für die vorgesehene regelmässige Überprüfung der Jugendschutzregelungen durch den Bund. Als notwendig erachten wir es zudem, dass die neu vorgesehenen Regelungen durch weitere Präventionsmassnahmen begleitet werden. Entsprechend begrüssen wir die im Verordnungsentwurf aufgenommene Regelung, wonach der Bund Studien in Auftrag geben sowie Finanzhilfen für Projekte zur Förderung der Medienkompetenz oder der Prävention von Risiken digitaler Medien gewähren kann. Es ist wichtig, dass sowohl Fachpersonen als auch die Bevölkerung durch Informations- und Erfahrungsaustauschanlässe weiter sensibilisiert werden.

Die in der Verordnung vorgeschlagene Aufgabenteilung bei den Tests zwischen dem Bund und den Kantonen erachten wir hingegen als wenig sinnvoll und nicht zielführend: Gemäss Art. 27 JSFVG gehören die Testkäufe und Testeintritte zu den Aufsichtsaufgaben der Kantone und Letztere tragen die Kosten dafür (Art. 32 JSFVG). Die Vorgaben der JSFVV sehen vor, dass das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) künftig die Fachorganisationen, die für die Kantone oder das BSV selbst Tests im Rahmen des JSFVG durchführen, beaufsichtigt und deren Testkonzepte genehmigt. Damit übergibt der Bund zwar den Kantonen die Durchführung und Finanzierung der Tests, definiert aber gleichzeitig im Detail, wie die Tests durchzuführen sind, und behält die Aufsicht über die Umsetzung. Dies ist mit der Delegation der Tests an die Kantone und die damit verbundene autonome Umsetzung nicht vereinbar (siehe dazu auch Bemerkung zu Art. 11).

Neben diesen grundsätzlichen Bemerkungen haben wir folgende Anregungen und Änderungsvorschläge zu einzelnen Bestimmungen:

Zu Art. 1 Anforderungen an das System zur Alterskontrolle vor der erstmaligen Nutzung

Der Vorentwurf sieht im ersten Abschnitt Bestimmungen bezüglich der zu erarbeitenden Massnahmen der Anbieterinnen und Anbieter von Abrufdiensten vor. Wir begrüssen, dass Nutzerinnen und Nutzer dieser Dienste bereits bei der ersten Nutzung sowie bei der Nutzung eines Probeabonnements bezüglich ihres Alters überprüft werden sollen. Der Vorentwurf lässt dabei offen, wie die Altersverifikation erfolgen soll, und überlässt die Konkretisierung den Branchenorganisationen. Aus unserer Sicht wäre es wünschenswert, wenn bestimmte Vorgaben in der Verordnung festgehalten würden und zu diesem Zweck das BSV mit den Branchenverbänden sowie Fachpersonen oder Organisationen aus dem Bereich des Datenschutzes jugendschutzgerechte und datensparsame Ansätze ermitteln würde. Der Einbezug der Perspektive des Datenschutzes soll dabei sicherstellen, dass bei Kindern und Jugendlichen lediglich die Altersangabe an die Anbieterinnen und Anbieter von Abrufdiensten gelangt. Eine Identitätsprüfung sollte ausserhalb des Einflussbereichs der Anbieterinnen und Anbieter erfolgen. Angesichts der Geschäftsmodelle einzelner – vor allem international tätiger – Anbieterinnen und Anbieter in der Branche, Inhalte gegen die Lieferung von Daten der Nutzenden kostenlos anzubieten, erachten wir aus Kinderschuttperspektive die Gefahr, dass aufgrund einer Vollregistrierung mittels behördlicher Ausweise zu viele Angaben an die Anbieterinnen und Anbieter fliessen und diese – insbesondere durch Verknüpfung mit anderen Datensammlungen – weiterverwendet werden könnten, als gross. Eine Registrierung mittels E-ID, durch die der Austausch auf genau festgelegte Daten eingeschränkt werden kann, wäre dereinst eine Lösung, aber bis zu deren Umsetzung braucht es entsprechende Alternativen.

Zu Art. 2 Anforderungen an das System zur elterlichen Kontrolle

Wir erachten es als wichtig, dass der Abrufdienst und das elterliche Kontrollsystem transparent gestaltet sind. Richtig ist auch, dass die Verantwortung der Eltern für die regelkonforme Nutzung der Abrufdienste durch ihre Kinder hervorgehoben wird. Letztlich liegt die Nutzung oder Nichtnutzung des Elternkontrollsystems im Ermessen der Erziehungsberechtigten. Sie sollten aber auch die Privatsphäre ihrer Kinder achten. Deshalb sollten die Kinder wählen können dürfen, ob sie ein solches Kontrollsystem wollen oder lieber vorerst auf die Inhalte verzichten. Um die elterliche Kontrollkompetenz zu aktivieren bzw. zu stärken, braucht es entsprechende Elterninformationen sowie fortlaufende Sensibilisierung zu entwicklungsgefährdenden Medieninhalten in Filmen und Videospiele.

Zu Art. 4 Anforderungen an die beigezogenen Expertinnen und Experten

Wir schlagen folgende Ergänzung vor:

«Expertinnen und Experten, die für die Erarbeitung der Jugendschutzregelung beigezogen werden, müssen in einer Kinder- oder Jugendschutzorganisation oder an einer Hochschule im Themenfeld Jugendschutz tätig sein **oder über langjährige und praktische Erfahrungen im Kinder- und Jugendmedienschutz verfügen** und von den Akteurinnen im Bereich Film beziehungsweise Videospiele unabhängig sein.»

Begründung:

Der erläuternde Bericht führt zu diesem Artikel einzig aus, dass die Expertinnen und Experten «bei einer anerkannten Jugend- oder Kinderschutzorganisation tätig sein» müssen. Unklar bleibt, welche Organisationen konkret gemeint sind und wer diese Organisationen anerkennt. Wichtiger als das Tätigkeitsfeld erscheint uns jedoch die praktische Erfahrung im Kinder- und Jugendmedienschutz der Expertinnen und Experten. Mit der von uns vorgeschlagenen Ergänzung wird die Möglichkeit geschaffen, erfahrene Personen aus dem Kinder- und Jugendmedienschutz als Expertinnen und Experten einzusetzen.

Zu Art. 11 Beaufsichtigung der Fachorganisationen

Wir schlagen folgende Streichung vor:

«Das BSV ist für die Beaufsichtigung der von ihm ~~oder den~~ Kantonen beauftragten Fachorganisationen zuständig.»

Begründung:

In verschiedenen Kantonen besteht eine jahrelange praktische Erfahrung mit Testkäufen (Alkohol, Tabak) im Jugendschutzbereich. Die Kantone werden wie bis anhin Fachorganisationen mit Leistungsaufträgen und Finanzierungen zu Testkäufen beauftragen. Wenn das BSV die Aufsicht über diese Fachorganisationen übernimmt, werden die Kantone durch den Bund übersteuert. Die Aufsicht über die durch die Kantone beauftragten Fachorganisationen muss auch durch die zuständigen kantonalen Behörden wahrgenommen werden, damit Effizienz gewährleistet und Doppelspurigkeiten vermieden werden können.

Zu Art. 12 Testkonzepte

Wir schlagen folgende Ergänzung in Abs. 2 vor:

«² Die Fachorganisationen müssen dem BSV **oder der zuständigen kantonalen Stelle** ihr Testkonzept zur Genehmigung unterbreiten.»

Begründung:

Wenn die Kantone die Aufsicht über die von ihnen beauftragten Fachorganisationen übernehmen, müssen die Fachorganisationen die Testkonzepte den für die Testkäufe zuständigen kantonalen Stellen zur Genehmigung unterbreiten.

Zu Art. 14 Gewährleistung der Anonymität der minderjährigen Person

Online-Testkäufe mit Minderjährigen sind bei dieser Regelung nur beschränkt möglich, da die Anonymität nicht gewährleistet werden kann, wenn zusätzlich zu den maschinenlesbaren Zeichen eines amtlichen Ausweises noch weitere Informationen von der Anbieterin erfasst werden. Es sollte geprüft werden, ob konkrete Anforderungen an eine sparsame Datenerhebung durch die Anbieterinnen und Anbieter erlassen werden können, damit Online-Testkäufe unter Gewährleistung der Anonymität der Minderjährigen durchgeführt werden können. Dies sollte in den Erläuterungen zu Art. 14 Abs. 1 ergänzt werden.

Zu Art. 15 Protokollierung der Tests

Wir schlagen folgende Ergänzung in Abs. 2 vor:

«² Im Protokoll sind sämtliche relevanten Angaben zum Test festzuhalten. Belege und **allfällige** Fotos sind dem Protokoll beizulegen.»

Begründung:

Auch im erläuternden Bericht wird von «allfälligen Fotos» gesprochen. Wir regen an, diesen Begriff auch in der Verordnung zu verwenden, damit deutlich ist, dass die Beilage von Fotos nicht zwingend ist.

Für anschliessende Strafverfahren ist es für die Strafverfolgungsbehörden wichtig, dass die in Art. 15 pauschal genannten «relevanten Angaben» den Ansprüchen eines strafrechtlich relevanten Anfangsverdachts genügen. Allenfalls wäre hier eine Konkretisierung der relevanten Angaben notwendig.

Zu Art. 19 Koordination des Vollzugs

Wir schlagen vor, Abs. 2 folgendermassen zu ändern:

«² Die Kantone melden dem BSV einmal pro Jahr die Massnahmen, die sie im folgenden Jahr zu ergreifen gedenken **vergangenen Jahr ergriffen haben.**»

Begründung:

Gemäss Art. 21 JSFVG können die Kantone Testkäufe oder Testeintritte durchführen, müssen aber nicht. Wenn sie die im folgenden Jahr beabsichtigten Testkäufe melden, besteht noch keine Gewissheit, dass diese auch tatsächlich durchgeführt wurden.

Damit das BSV seine Aufsichts- und Koordinationsaufgaben gemäss Art. 28 JSFVG erfüllen kann, ist es zielführender, wenn die Kantone die ergriffenen Massnahmen rückblickend und nicht vorausschauend melden. Anhand der von den Kantonen konkret durchgeführten Testkäufe im vergangenen Jahr kann das BSV dann «den Kantonen im Hinblick auf einen einheitlichen Vollzug bestimmte Massnahmen vorschreiben» (Art. 28 Abs. 4 JSFVG). Diese werden in Abs. 3 dieses Artikels konkretisiert («namentlich die Mindestzahl der durchzuführenden Tests»).

Zu Art. 22 Gewährung der Finanzhilfen für überregionale Aktivitäten und Modellprojekte

Wir begrüssen die vorgeschlagene Regelung. Aus Art. 22 Abs. 3 und den zugehörigen Erläuterungen geht jedoch nicht hervor, wie und durch wen die Absprache zu erfolgen hat. Insofern erachten wir eine Präzisierung als angezeigt. Wir regen an, für Gemeinden eine analoge Regelung zu Art. 40 Abs. 2 Bst. h der Verordnung über die Förderung der ausser-schulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (SR 446.11) zur Einreichung einer vorgängigen Stellungnahme des Kantons zu prüfen.

Zu Art. 24 Inkrafttreten

Bezugnehmend auf Seite 11 f. des erläuternden Berichts beantragen wir, Art. 37 JSFVG nicht auf den 1. Juli 2024, sondern auf den 1. Juli 2025 in Kraft zu setzen.

Begründung:

Gemäss erläuterndem Bericht muss das Inkrafttreten des Gesetzes wie auch der Verordnung gestaffelt erfolgen, da viele Bestimmungen erst zur Anwendung gelangen können, wenn eine Jugendschutzregelung vom Bundesrat für verbindlich erklärt worden ist. Gemäss Art. 19 JSFVG haben die Branchenorganisationen höchstens zwei Jahre Zeit, um eine gemeinsame, tragfähige Lösung zu finden und dem Bundesrat vorzulegen. Sollte dies nicht gelingen, wird der Bundesrat subsidiär regeln. Dem erläuternden Bericht kann entnommen werden, welche Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen am 1. Juli 2024 in



Kraft treten sollen und welche gemeinsam mit der Verbindlicherklärung der ersten Jugendschutzregelung zu einem späteren, vom Bundesrat zu bestimmenden Zeitpunkt. Die gestaffelte Inkraftsetzung ist grundsätzlich nachvollziehbar.

Für die Kantone lösen insbesondere die Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen, die in einem zweiten Schritt in Kraft treten sollen, gesetzgeberischen Handlungsbedarf aus. Es gilt aber zu bedenken, dass gemäss Art. 37 JSFVG die Kantone ihre Gesetzgebung innert zwei Jahren nach dem Inkrafttreten der Bundeserlasse anzupassen haben. Es ist vorgesehen, Art. 37 JSFVG auf den 1. Juli 2024 in Kraft zu setzen (erläuternder Bericht, S. 11 f.). Entsprechend ist davon auszugehen, dass die Kantone ihrerseits die aufgrund des JSFVG und der JSFVV zu erlassenden Bestimmungen auf den 1. Juli 2026 in Kraft zu setzen haben. Nachdem aber die Branchenorganisationen bis zum letztgenannten Termin die Möglichkeit haben, dem Bund Antrag auf Verbindlicherklärung ihrer Jugendschutzregelungen zu stellen, kann nicht ohne Weiteres damit gerechnet werden, dass in den erwähnten zwei Jahren der vorgesehene Prozess (Ausarbeitung von Jugendschutzregelungen durch die Branchenorganisationen, Antragstellung beim Bundesrat, Prüfung und Verbindlicherklärung der Jugendschutzregelungen durch den Bundesrat, gegebenenfalls Ersatzregelungen durch den Bundesrat) abgeschlossen sein wird. Für eine reibungslose Umsetzung der bundesrechtlichen Vorschriften müssen die Kantone ihre Erlasse auf den gleichen Zeitpunkt in Kraft setzen wie der Bund die Bestimmungen des JSFVG und der JSFVV, die nicht bereits am 1. Juli 2024 in Kraft treten werden. Damit darüber Klarheit und Planungssicherheit besteht, sollte auch das zweite Inkraftsetzungsdatum frühzeitig bekannt gegeben werden. Mit einer Inkraftsetzung von Art. 37 JSFVG auf den 1. Juli 2025 müssten die Kantone ihre erforderlichen Gesetze und Verordnungen auf den 1. Juli 2027 erlassen oder ändern, was aus heutiger Sicht machbar erscheint. Demgegenüber erachten wir eine Frist bis 1. Juli 2026 als zu knapp bemessen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatschreiberin:

Mario Fehr

Dr. Kathrin Arioli

